Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 6.00, monatlich 2.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 90 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 80 Pfg., auswärtige Anzeigen 90 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 10. Dienstag, den 13. Januar 1920. 27. Jahrg.

Die Ordnung der Welt — die Aufgabe des Friedens.

Von Professor Dr. Ernst Jaeckh.

Eine sofortige Folge der Ratifikation des Friedensvertrages ist: daß nunmehr politische Wirklichkeit wird, was Immanuel Kant als deutschen Begriff geprägt und als Menschheitsideal verkündet und gefordert hat: Der Völkerbund".

Dieser „Völkerbund" hat zunächst die Form des Vertrages von Paris und Versailles, d. h. er vereinigt zunächst die ganze gegnerische siegreiche Koalition des Weltkrieges gegen Deutschland; aber nicht nur diese uns überwältigende Welt, sondern dazu noch bald unsere Nachbarn, die bisherigen Neutralen. Ein solcher Nachkriegsbund neben uns, ein solcher Weltfriedensbund neben uns, wird also noch stärker, noch mächtiger, als der Weltkriegsbund gegen uns. Wer vermöchte da, auch wenn er gegen jeden Strom zu schwimmen vermag, gegen einen solchen und über einen solchen Ozean zu schwimmen! Dieser Ozean eines solchen Völkerbundes bespült uns nicht nur, umgreift uns nicht nur; sondern er reicht noch weiter, so weit, um in bisher deutschen Bezirken uns zu überspülen, um in bisherige deutsche Betätigung bei uns einzugreifen. Erinnern wir uns nur an die Bestimmungen über das Saargebiet, über Danzig, über das deutsche Mittelafrika; ganz besonders an die Revision des Friedensvertrages durch den Völkerbund. Es ist der Völkerbund, der das Saargebiet übernimmt; es ist der Völkerbund, der Danzig verwaltet; es ist der Völkerbund, der Kamerun, Togo und Deutsch-Ostafrika übernimmt, unter wirtschaftlicher Gleichberechtigung aller Völkerbundmitglieder, also auch Deutschlands — wenn es dem Völkerbunde angehört. Mit anderen Worten: der Völkerbund bewahrt die genannten bisher deutschen Gebiete vor je einem einzelnen unserer bisherigen Feinde und schiebt sich zwischen sie und Deutschland und sichert so Deutschland eine mittelbare Mitwirkung — von dem Zeitpunkte an, wo Deutschland dem Völkerbunde angehört. Ist es für uns vorteilhafter, außerhalb des Völkerbundes ein Objekt einer durch uns nicht zu bestimmenden Willkür zu bleiben, oder innerhalb des Völkerbundes ein Subjekt einer von uns mitzubestimmenden Willensrichtung zu werden? Liegt es nicht in der Natur der Dinge, daß ohne uns auch gegen uns entschieden werden wird,, daß aber mit uns auch für uns entschieden werden kann?

Der „Völkerbund" hat auch in seiner Versailler Fälschung die für uns allerwichtigste Aufgabe, der gegenüber alle Deutschen (sie mögen stehen, wo sie wollen) nur eine einheitliche und einmütige Gesinnung haben können: die Revision des Friedensvertrages. Das muß doch der Sinn und das Zentrum aller deutschen Auslandspolitik in den nächsten Jahren sein und bleiben: die Revision des unerträglichen Gewaltfriedens von Versailles. Und wer ist in aller Form berufen — selbst durch die alliierten und assoziierten Mächte, durch die Note vom 16. Juli 1919: wieder der „Völkerbund" — der unsere bisherigen Feinde und die bisherigen Neutralen vereinigt. Jene Note spricht aus, daß durch den Völkerbund „die Festsetzung von 1919 selbst von Zeit zu Zeit abgeändert werden kann, um neuen Tatsachen und neuen Bedingungen, so wie sie entstehen, gerecht zu werden". Die Artikel 289 und 376 bestimmen: „Bei Meinungsverschiedenheiten wird die Entscheidung des Völkerbundes angerufen"; und: „Streitigkeiten, die zwischen beteiligten Mächten über die Auslegung und Anwendung der Vorschriften des Friedensvertrages entstehen könnten, werden in der vom Völkerbund vorgesehenen Weise geregelt". Noch einmal: ohne uns — sicherlich auch gegen uns; mit uns — vielleicht auch für uns. Der Völkerbund wird so Appellinstanz, ein Areopag der Welt gegenüber dem parteiischen Tribunal von Paris. Schon diese eine Aufgabe des Völkerbundes (auch des von Versailles), die an die innerste, entscheidende Lebensmöglichkeit und Lebensnotwendigkeit Deutschlands greift, müßte in Deutschland eine andere Einstellung zum Völkerbunde erreichen (auch zu dem von Versailles), als die öffentliche Meinung gemeinhin sie hat. Noch gar nicht zu reden von den gemeinschaftlichen Aufgaben gegenüber dem allseitigen Weltbankerott, etwa in einer Völkerbundanleihe, oder von der Valutaregelung, von der Rohstoffverteilung, von Rechtsangleichungen und auch einmal von Rüstungsbeschränkungen — auch bei anderen Staaten und nicht nur bei Deutschland.

Eine Aufgabe jeder echten Völkerbundpolitik muß aber auch die **Umgestaltung des „Völkerbundes" von Versailles zu einem wirklichen Völkerbund sein.** Es ist nicht nur so, daß eine Revision des Friedensvertrages durch den Völkerbund nötig und möglich ist, sondern auch so, daß eine Revision des „Völkerbundes" durch die Friedensarbeit möglich und nötig ist. Dazu ist die erste Voraussetzung die Zulassung von Deutschland selbst zum Völkerbunde.

Ob wir auf den Pessimismus des Skeptikers oder auf den Idealismus des Pazifisten uns einstellen — das Zeitalter der Völkerbundpolitik hat begonnen — ob wir selbst wollen oder nicht. Wir müssen aber wollen, und wir können auch wollen. Nicht nur aus egoistischer Interessenberechnung, sondern aus einem allgemeinen Menschheitsinteresse. **Das Chaos der Welt kann nur durch eine Arbeitsgemeinschaft der Welt langsam in eine Ordnung kommen: in eine neue Ordnung durch einen Völkerbund. Die Weltkarte von Versailles ist kein Abschluß sondern ein Anfang.**

Der unklare Friedenszustand.

Von zuständiger Stelle wird darauf hingewiesen, daß **der Friedensvertrg nur denjenigen Staaten gegenüber in Kraft tritt, die ihn bisher ratifiziert** haben. Was die übrigen Staaten anbetrifft, so gelten ihnen gegenüber einstweilen noch die Bestimmungen des Waffenstillstandes. Daraus ergeben sich eine Reihe unklarer Verhältnisse, die der Klärung dringend bedürftig sind. Verstärkt wird dieser Zustand der Unklarheit dadurch, daß die im Friedensvertrage festgesetzten Fristen vom Augenblick des Inkrafttretens des Friedens auch in Beziehung zu den Staaten zu laufen beginnen, die den Friedensvertrag noch nicht ratifiziert haben.

Der Friedenszustand mit Amerika.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat Deutschland formell mitgeteilt, daß **die Bedingungen des Waffenstillstandes für die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland maßgebend sind.**

Dänemark und die Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Neben der Freude über die nunmehr zu erwartende Wiedervereinigung von Nordschleswig mit Dänemark kommt in den Kommentaren der Kopenhagener Blätter anläßlich des Inkrafttretens des Friedensvertrages vor allem der Zweifel darin zum Ausdruck, daß der Versailler Frieden zwischen Deutschland und der Entente auch nicht im Geringsten eine Gewähr für den Weltfrieden biete. Man betont, daß zahlreiche Fragen ungelöst bleiben.

Im „Sozialdemokraten" schreibt Brauting: Die Alliierten haben die Grundsätze des Selbstbestimmungsrechts der Völker nicht verwirklicht, wie sie es der Welt gegenüber als ihre Pflicht bezeichnet hatten. **Die Sozialdemokratie der ganzen Welt muß eine Revision dieses Friedensvertrages erzwingen.**

Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen.

Die Beglaubigungsschreiben der Geschäftsträger der Entente sind bereits in Berlin eingetroffen. England wird von Lord Kilmanrock, ehemals erstem Sekretär der englischen Gesandtschaft in Kopenhagen, vertreten werden; Frankreich durch Herrn de Marcilly, zuletzt Generalkonsul in Genua, und Italien durch den Grafen Aldobrandi di Marescotti, der unter Sonnina Kabinettschef im Ministerium des Auswärtigen war.

Die Ernennung der deutschen Geschäftsträger in den Ländern der Entente, die bisher den Friedensvertrag ratifiziert haben, steht unmittelbar bevor.

Deutscher Protest gegen die Rheinlandordonnanzen.

Gegen die neuen Besetzungsbestimmungen im Rheinland, die sogenannten Rheinlandordonnanzen der Entente, hat nach dem „B. T." die deutsche Regierung am Sonnabend eine Protestnote durch Kurier nach Paris gesandt. Sofort nach der erfolgten Uebergabe in Paris soll die Note veröffentlicht werden.

Das Memelgebiet.

Der Reichs-Staatskommissar für das Memelgebiet, Graf Lambsdorf, erläßt eine Bekanntmachung, wonach im Memelgebiet die **Souveränität an die alliierten und assoziierten Hauptmächte übergegangen ist.** Alle militärischen und zivilen Behörden, Beamten und Dienststellen verwalten ihr Amt nach den bisherigen Gesetzen weiter. Das Memelgebiet ist **aus der Zollwirtschaft mit Deutschland ausgeschieden.** Eine Zollgrenze mit Deutschland wird zunächst nicht eingerichtet. Die russische Zollgrenze bleibt aufrecht erhalten.

Die erste Zusammenkunft des Völkerbundrates.

Nach einer Meldung aus Paris ist die erste Zusammenkunft des Völkerbundrates auf Freitag, den 16. Januar, 10½ Uhr festgesetzt worden. Leon Bourgeois wird die Sitzung mit einer kurzen Rede eröffnen. Curzon vertritt Großbritannien, Martino Italien und Huysmans Belgien. Der amerikanische Botschafter hat Wilson drahtlich von der Festsetzung des Zeitpunktes Mitteilung gemacht, damit der Präsident die erste Zusammenkunft des Völkerbundes, wie es im Versailler Vertrag vorgesehen ist, einberufen kann. Der Völkerbund wird mit oder ohne die Vereinigten Staaten schon in sehr kurzer Zeit in Kraft treten.

Belagerungszustand im besetzten Gebiet.

TU. Berlin, 12. Januar. Ueber die streikenden Rheingebiete ist gestern früh von der britischen Militärbehörde der Belagerungszustand verhängt worden. Die Straßen müssen um 6 Uhr abends geräumt sein. Ansammlungen sind verboten. Sämtliche Personen dürfen die Straßen nur in Abständen von 5 Metern einmal passieren.

Die Generalstreikhetze.

Die neue Erregung, die vor allen Dingen die deutsche Beamtenschaft erfaßt hat und ihren Ausfluß im Streik der Eisenbahner gefunden hat, ist vor allen Dingen auf die große Steigerung der Lebensmittel in den letzten Wochen, sowie auf die eingetretene Verschlechterung der Lebensmittelversorgung der großen Städte zurückzuführen. Die Regierung hat in Erkenntnis der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Beamten deren Forderungen in weitgehendster Weise bewilligt und die Eisenbahnbeamten haben nunmehr keine Veranlassung, den Streik fortzusetzen. Die aber einmal in Fluß gekommene Bewegung machen sich linksradikale Elemente zunutze, um zu neuen politischen Streiks zu hetzen. Der Kampf gilt vor allem dem Betriebsrätegesetz; das in dieser Woche verabschiedet werden soll. Gewiß weist dieses Gesetz mancherlei Mängel auf, die abzuändern Aufgabe der Arbeitervertreter im Parlament sein wird. Aber auch, wenn der Gesetzentwurf unverändert angenommen werden sollte, bedeutet er einen gewaltigen Fortschritt in Richtung auf das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter innerhalb der Produktion. **Die sozialdemokratische Fraktion wird daher dem Gesetz ihre Zustimmung geben in der Hoffnung, daß es der Anfang zu einem noch weitgehenderen Mitbestammungsrecht der Arbeiter ist.** Die „Unabhängigen" wollen dieses Gesetz ablehnen und benötigen dazu als Statisten der „Massen". Den Auftakt dazu gaben sie am letzten Sonntag, und in dieser Woche wird es wahrscheinlich verschiedene Demonstrationen in Berlin und allen Teilen des Reiches geben. Solange sie krakeelen, wird man sie gewähren lassen können, sobald sie aber im Verein mit ihren kommunistischen Brüdern neue Streiks in lebenswichtigen Industriezweigen inszenieren, ist es angesichts der schwierigen Lage des Reiches Pflicht der Regierung, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Unruhestifter beim Ohrläppchen zu nehmen und zur Vernunft zu bringen.

Aufruhr und Plünderungen in Hamborn.

Im Hamborner Revier sind Montag die Belegschaften sämtlicher Thyssenschen Zechen in den Ausstand getreten. Sie stellen außer dem Verlangen nach der Sechsstundenschicht und besserer Lebensmittelversorgung noch eine Reihe politischer Forderungen, so die Aufhebung des Belagerungszustandes u. a. Nachmittags kam es in Hamborn zu einem großen Tumult und schweren Ausschreitungen. Eine Menschenmenge bemächtigte sich des Rathauses, nachdem eine Anzahl Polizisten vorher entwaffnet worden war. Im Rathause wüteten die Demonstranten besonders unter den Steuerakten. Dann zog die Menge wieder ab und plünderte eine Reihe von Geschäften. Einige davon sind vollständig ausgeraubt worden. Darauf zog man vor das Polizeigefängnis und versuchte, die dort untergebrachten Gefangenen zu befreien. Die Sicherheitswehr gab einige Schreckschüsse ab, worauf sich die Demonstranten zerstreuten. Ein weiterer Zug beabsichtigte nach Duisburg zu gehen, wurde aber durch die Sicherheitspolizei daran verhindert. Bisher noch unbestätigte Nachrichten besagen, daß man versucht hat, die „Räterepublik" auszurufen. Ein größeres Truppenaufgebot zur Wiederherstellung der Ruhe ist nach Hamborn unterwegs.

„Immer daran denken. — Niemals davon reden."

Die preußische Staatsregierung veröffentlicht folgenden Aufruf:

An die aus Preußen ausscheidenden Staatsbürger!

Anknüpfend an die Kundgebung, die der Reichspräsident und die Reichsregierung an die deutsche Bevölkerung der aus dem Reichsverband ausscheidenden Reichsteile gerichtet haben, wendet sich die Regierung des Freistaates Preußen noch besonders an ihre von der Abtretung an fremde Staaten betroffenen Mitbürger. **Der dem deutschen Volke aufgezwungene Frieden von Versailles trifft Preußen ganz besonders schwer. Gebiete mit kerndeutscher Bevölkerung,** die in jahrhundertelanger Zugehörigkeit zu Preußen seine Schicksale geteilt und an seinem ruhmvollen Aufstieg Anteil genommen haben, die es durch sorgsame Verwaltung unter

Einsetzung der finanziellen Kräfte des gesamten Staates auf eine hohe Stufe wirtschaftlicher Blüte und menschlicher Kultur geführt hat, muß es preisgeben. Das Band staatlicher Zugehörigkeit wird nun gelöst, **das Band der Zusammengehörigkeit der Geister und der Herzen kann keine Macht dieser Erde lösen.** Was gemeinsame Arbeit der Kultur und des Wirtschaftslebens in Jahrhunderten geschaffen hat, ist durch keine äußere Gewalt zu zerstören. Wir geloben euch Treue, haltet sie uns und pflanzt sie in die Herzen eurer Kinder. Das Recht der Selbstbestimmung, das zur Unterlage des Friedens werden sollte, ist euch versagt worden. Mit der Reichsregierung setzt auch die preußische Regierung ihre Hoffnung darauf, daß **dieses natürliche Grundrecht jedes freien Menschen sich mit der Zeit durchsetzen** muß. In diesem Sinne gilt auch für euch das Wort: **Immer daran denken, niemals davon reden!**

Berlin, 12. Januar.

Die preußische Staatsregierung:

Hirsch, Fischbeck, Braun, Haenisch, Heine, Oeser, Dr. Südekum, Stegerwald, Am Zehnhoff.

Die amerikanischen Bischöfe an Lebensmittelkontrolleur Hoover.

Der Sonderausschuß der Generalkommission der Methodistenkirche für Nothilfe und Wiederaufbau, der unter Führung von Bischof Dr. Nuelsen Deutschland bereist und sich in diesen Tagen mit einem Lebensmittelzuge nach Wien begeben hat, hat, wie uns mitgeteilt wird, an Herbert Hoover, den amerikanischen Lebensmittelkontrolleur, folgendes Telegramm gesandt: „Auf Grund persönlicher Untersuchung der Verhältnisse auf ausgedehnten Reisen unterstützt die Abordnung der amerikanischen Methodisten dringend ihren Aufruf zur Hilfeleistung für Millionen Menschen, die in Europa Hungers sterben (your appeal immediate relie for starving millions in Europe). Bischöfe Burt, Shepard, Nuelsen, Hanford Crawford, Superintendent Richardson, Dr. Bucher."

Von Wien begeben sich die Herren über Budapest nach Jugoslawien, Bulgarien, Serbien und der Türkei.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Betriebsrätegesetz vor der Nationalversammlung.

Die Sitzung der Nationalversammlung beginnt heute, Dienstag, 3 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Betriebsrätegesetzes. Die Mitglieder unserer Fraktion sind brieflich und telegraphisch aufgefordert worden, unter allen Umständen vollzählig zu erscheinen. Die demokratische Fraktion hat dasselbe getan. Die sozialdemokratische Fraktion beabsichtigt, wie das B. T." erfahren haben will, dem wir die Verantwortung für die Mitteilung überlassen müssen, alle ihre über das Kompromiß hinausgehenden Anträge wieder einzubringen und darüber abstimmen zu lassen. Die demokratische Fraktion und das Zentrum dürften in diesem Falle auch ihre alten Anträge wieder einbringen. In Berlin sind große Sicherungsmaßnahmen vorgesehen. Vor allem wird der Platz vor dem Reichstagsgebäude von der Sicherheitwehr abgesperrt werden.

Tut nichts, der Jude wird verbrannt!

Beim Inkrafttreten des Versailler Friedens erklärt ihn auch die „Freiheit" für unerfüllbar und weist der Regierung die Aufgabe zu, diese Erkenntnis in den feindlichen Ländern zu fördern: „Dazu ist in erster Linie notwendig, daß Deutschland eine Politik treibt, die draußen Vertrauen gewinnt . . . sonst ist die Unterschrift vom 10. Januar 1920 die Unterschrift unter sein Todesurteil."

Nun hat sich die deutsche Regierung erfolgreich darum bemüht, im Auslande Vertrauen zu erwerben. Die Folge davon war, daß ein einflußreicher englischer Politiker, wie Churchill, jüngst erklären mußte, die demokratische deutsche Regierung, die jetzt die Macht habe, müsse in ihrer übermenschlich schweren Aufgabe gegen die militaristische Gegenrevolution und gegen die Bolschewisten gestützt werden. Darum müsse England der jetzigen deutschen Regierung helfen — ihr Zusammenbruch wäre eine Katastrophe für die gesamte Welt.

Lobt nun die „Freiheit" die Regierung, daß sie diesen Erfolg erzielt hat? Im Gegenteil, sie berichtet über Churchills Rede unter der Ueberschrift: „Die Allianz des Kapitals." Macht also die Regierung sich beim Auslande nicht beliebt, so ist sie unfähig — bewegt sie die ausländischen Regierungen zu einer freundlichen Haltung, so verbrüdert sie sich auch mit dem fremden Kapital. Wie sie es macht, macht sie es für die „Unabhängigen" stets falsch: tut nichts, der Jude wird verbrannt!

Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen.

Wie mitgeteilt wird, werden noch in diesem Winter drei neue Reichsgesetze über die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge der Nationalversammlung zugehen, namentlich nach dem Grundsatz des Existenzminimums. Kriegerwitwen sollen wegen der Kindererziehung nicht darauf angewiesen sein, dem Erwerb nachzugehen. Erziehung und Ausbildung von Kriegerwaisen sind unbedingt Staatssachen. Für dauernd Hilflose sollen besondere Unterkunftsheime vorbereitet werden. Die Kosten betragen 4—5 Milliarden Mark. **Im Reichshaushalt sind 30 Milliarden für die Kriegshinterbliebenenfürsorge und 12 Milliarden für die Kriegsbeschädigtenfürsorge vorgesehen!** Das Gesetz verpflichtet Privat-, Staats- und städtische Betriebe zur Beschäftigung schwer Kriegsbeschädigter und ermächtigt den Reichsarbeitsminister, den Prozentsatz der Einzustellenden festzusetzen. 500 000 Kriegerwitwen, 1 200 000 Kriegerwaisen, 600 000 sonstige Kriegshinterbliebene und rund 1 Million Kriegsbeschädigte kommen in Betracht. Diese Zahl wird sich infolge der Entlassungen am 1 April auf rund 1½ Million Kriegsbeschädigte, davon 500 000 Schwerbeschädigte, erhöhen. Dazu kommen 40 000 Angestellte und Beamte bei der Umgestaltung der Militärversorgung in die bürgerliche. Die Kaiser-Wilhelm-Akademie wird zu einer Zentral-Arbeits- und Fortbildungsanstalt für diese Beamten umgestaltet werden.

Die Abschaffung der Kriegsgerichte.

Der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Militärgerichte, der der Nationalversammlung zugegangen ist, wird im Volke mit einem Aufatmen der Erleichterung begrüßt werden. Die Skandalurteile in den Fällen Marloh und Hiller haben dieser Einrichtung moralisch das Genick gebrochen. Man kann nur bedauern, daß noch ein Jahr über die Revolution hinaus eine Einrichtung weiter bestehen durfte, die in der demokratischen Republik einen völligen Fremdkörper bedeutet. Die Kriegsgerichtsurteile, die während dieses Zeitraumes ergangen sind, haben dem Ansehen des neuen Deutschlands mehr geschadet, als irgend etwas anderes. Bis zuletzt haben die Reaktionäre mit erbitterter Zähigkeit um den Fortbestand der Kriegsgerichte gerungen. Namentlich ein Oberkriegsgerichtsrat Dietz hat innerhalb und außerhalb der Reichswehr einen wahren Sturm von Petitionen und Eingaben veranlaßt, hinter denen im Grunde nichts als das Existenzbedürfnis eines Kriegsgerichtsrates stand. Die Regierung hat sich erfreulicherweise durch angebliche Mannschaftskundgebungen für die Kriegsgerichtsbarkeit — man weiß, wie solche Kundgebungen fabriziert werden! — nicht ins Bockshorn jagen lassen. Die Abschaffung der Kriegsgerichte muß nun schleunigst und restlos zur Tat werden. Mit den Reaktionären darf es kein Paktieren geben. Noch ein Urteil à la Hiller und à la Marloh würde von der Oeffentlichkeit einfach nicht ertragen werden. Die Reaktionäre mögen sich erinnern, daß selbst ein extrem-alldeutsches Blatt, wie die „Deutsche Tageszeitung" von dem Hiller-Urteil abrücken mußte. Die Kriegsgerichte haben sich selbst ihr Grab gegraben. Werft das Scheusal in die Wolfsschlucht!

Die Kosten der Reichsschulkonferenz.

Die Vorbereitungen für die Reichsschulkonferenz sind, wie wir hören, ihrem Abschluß nahe, so daß ihre Einberufung für die Zeit bald nach Ostern zu erwarten ist. Der Reichsregierung scheint aber die Kostenfrage noch einige Sorgen zu bereiten. Bei einer Teilnehmerzahl von 400 und bei nur 14tägiger Dauer ist für die Fahrkosten und Tagegelder ein immerhin erheblicher Betrag erforderlich, für den noch keine Deckung gefunden ist. Es ist nun daran gedacht, daß die Verbände, die in der Konferenz vertreten sind, die Kosten für ihre Mitglieder selbst tragen sollen. Ob ein solches Verfahren mit der Würde des Reiches vereinbar ist und der Bedeutung der Konferenz gerecht wird, ist eine Frage für sich, an der die Nationalversammlung nicht vorübergehen kann. Jedenfalls war es bisher nicht üblich, daß das Reich bei Verfolgung wichtiger Aufgaben Kostgänger der Vereine und Verbände wird. Das kleine Baden hat für die demnächst zusammentretende Landesschulkonferenz die üblichen Aufwandsentschädigungen für sämtliche hundert Teilnehmer übernommen. Auch das Reich ist dazu wohl imstande und kann sich der neu übernommenen Pflicht der Förderung kulturpolitischer Aufgaben nicht entziehen, ohne sein Ansehen und seinen Einfluß in diesen Fragen ernstlich zu gefährden.

Vom Antisemitismus bis zum Kommunismus.

Gottlob, es gibt doch wenigstens eine Sache, über die sich alle Deutschen einig sind — das ist der Partikularismus. In München fand eine große Versammlung gegen die Zentralisierung, d. h. gegen die Vereinheitlichung des Reiches statt, von der der Münchner Korrespondent des „Lokalanzeiger" freudestrahlend berichtet: „Redner aller Parteirichtungen, vom Antisemitismus bis zum Kommunismus kamen zum Wort." Allerdings, ein überwältigendes Bild, Antisemiten und Kommunisten Hand in Hand gegen die Reichseinheit kämpfen zu sehen.

Kleine politische Nachrichten.

Ueber das Befinden des Genossen Erhard Auer wird aus München berichtet, daß erfreulicherweise endlich gehofft werden kann, daß die Leidenszeit unseres Genossen, der jetzt die chirurgische Klinik verlassen hat und zur Erholung ins Allgäu geht, sich dem Abschluß nähert. Auer hat nicht weniger als 9 verschiedene Operationen im Laufe der letzten 11 Monate zu ertragen gehabt. Wenn nicht alle Hoffnungen schließlich doch noch trügen, wird Genosse Auer Ende Februar wieder als tätiges Mitglied in die Nationalversammlung eintreten können.

Die Besetzung Oberschlesiens durch die Entente findet am 15. Januar statt.

Oesterreich.

Kommunisten als Versammlungssprenger.

Eine am Sonntag vom Bürger- und Ständerat unter dem Titel „Die Waschfrau und der geistige Arbeiter" einberufene Versammlung in Wien wurde von den Kommunisten gesprengt, indem sie das Versammlungslokal schon vorzeitig besetzten, eine eigene Versammlung abhielten und eine Resolution beschlossen, in welcher sie sich für die Diktatur des Proletariats aussprachen.

Die Vermögensabgabe.

Die Vorlage, die dieser Tage der Nationalversammlung zugehen wird, unterscheidet zwischen Vermögen, welche bereits vor dem Kriege erworben wurden, und solchen, die erst im Kriege entstanden sind. Die ersteren werden bei der Besteuerung begünstigt, indem der Steuersatz eine 15prozentige Ermäßigung erfährt. Das steuerfreie Vermögen ist mit 15 000 Kronen festgesetzt. Für jedes Familienmitglied werden weitere je 5000 Kronen steuerfrei. Der Steuersatz beginnt mit 5 Prozent, steigt bis 15 Prozent für ein Vermögen bis 100 000 Kronen, dann bis 19 Prozent für ein Vermögen bis 200 000 Kronen, 25 Prozent für ein Vermögen bis 330 000 Kronen und erklimmt die höchste Stufe bis 60 Prozent bei Vermögen von mehr als 10 Millionen Kronen. Die Zahlung der Vermögensabgabe muß zu einem Drittel in barem Gelde erfolgen. Für den Rest soll Kriegsanleihe genommen werden. Der 10. Teil der Vermögensabgabe ist am 1. September 1920 zu zahlen. Der Rest kann mit 5 Prozent in 30 Jahresraten eingezahlt werden. Der Staat behält sich das Recht vor, Vermögensstücke, welche zu niedrig eingeschätzt werden, zu den festgesetzten Raten anzufordern. Aktiengesellschaften werden mit 15 Prozent ihres Vermögens zur Vermögensabgabe herangezogen. Der Stichtag für die Vermögensabgabe wird erst bestimmt werden.

Frankreich.

Die Senatswahlen.

Aus 240 Wahlkreisen sind 229 Resultate bekannt. Es wurden bisher gewählt: 18 Konservative (Gewinn 3 Sitze), 13 republikanische Liberale (Gewinn 4 Sitze), 19 republikanische Progressisten (Verlust 3 Sitze), 58 Linksrepublikaner (Gewinn 1 Sitz), 116 Radikale (Verlust 17 Sitze), 2 Sozial-Republikaner (Gewinn 2 Sitze), 2 unifizierte Sozialisten (Gewinn 2 Sitze). Der Präsident des Senats Dubost wurde wiedergewählt. Im Departement Jura wurde beim ersten Wahlgang Minister des Aeußern Pichon, im Departement Meuse im zweiten Wahlgang Poincare mit 742 von 790 Stimmen gewählt.

Einreiseverbot für den Direktor des „Avanti".

M. Genf, 12 Januar. (Frankfurter Zeitung.) Wie der „Populaire" mitteilt, hat die französische Regierung dem Direktor des „Avanti", Serrati, der in Paris an einer sozialistischen Versammlung teilnehmen wollte, an der Grenze den Eintritt nach Frankreich verwehrt, obwohl die französischen Botschaft in Rom seinen Paß visiert hatte.

Die Kanonen von Perigueux.

Die Nachricht, daß der neue sozialistische Gemeinderat von Perigueux deutsche Geschütze, die als Ehrengeschenk der Stadt Perigueux zugewiesen worden waren, abgelehnt und zurückgeschickt hat, hat lebhaftes Aufsehen und Entrüstung in der regierungsfreundlichen französischen Presse hervorgerufen. In einer Zuschrift an das royalistische Blatt „Action Francaise" erhebt der Bischof von Perigueux, Monseigneur Riviere, heftigen Einspruch gegen diese Stellungnahme der sozialistischen Gemeindevertreter und des sozialistischen Bürgermeisters Bouthonnier und regt an, daß die Beutestücke, „bis bessere Zeiten kommen", im Privatbesitz „gutgesinnter" Bürger verbleiben dürfen. Wie viele Geschütze beantragt der Verkünder der Lehre Jesu Christi für die Kathedrale von Perigueux und für seine bischöflichen Privatgemächer?

Spanien.

Der Belagerungszustand über Saragossa verhängt.

In der Kaserne des 9. leichten Artillerie-Regiments in Saragossa vermochte der Syndikalistenführer Checa Aufruhr anzuzetteln. Es gelang ihm, in die Kaserne einzudringen und den wachhabenden Offizier sowie einen Unteroffizier zu töten. Es entstand ein Kampf mit den zahlreich eingedrungenen Meuterern, wobei Checa getötet wurde. Mehrere Soldaten wurden verwundet. Ueber Saragossa wurde der Belagerungszustand verhängt.

Norwegen.

Straßenbahnerstreik.

In Kristiania sind die Angestellten der Straßenbahn in den Ausstand getreten. Die Vorschläge des Schiedsamts wurden von ihnen verworfen.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Dienstag, 13. Januar.

Die neue lübeckische Landesverfassung.

Seit einer Reihe von Monaten bemüht sich eine gemeinsame Kommission von Senat und Bürgerschaft, um eine neue, den Zeitverhältnissen entsprechende Verfassung fertigzustellen. Am 8. Dezember bereits brachten wir einen Ausschnitt dieser Arbeit, die sich auf die Wahl und Stellung des Senates bezog. Die neuen Artikel enthalten die Bestimmungen über die Bürgerschaft und die Umgestaltung des Bürgerausschusses der neuzuschaffenden Ausschüsse, das Verfahren bei beharrlicher Meinungsdifferenz zwischen Senat und Bürgerschaft, sowie die Frage des Volksentscheids. Wir werden morgen mit dem Abdruck der ganzen Verfassung beginnen, den wir Papiermangels wegen auf mehrere Nummern verteilen müssen.

Verbilligte Lebensmittel.

Im Etat für 1920 sind zur Fortsetzung der Verbilligungsaktion vom 7. Oktober 1919 ab weitere 3½ Milliarden Mark zur Verfügung gestellt. Die Verbilligung wird, im Gegensatz zu der am 6. Oktober abgelaufenen, allein vom Reich getragen.

Die Lebensmittel werden den empfangsberechtigten Stellen von den Reichsstellen zu folgenden Preisen verbilligt abgegeben werden: Kochmehl 3,50 Mk., Fleisch 10,— Mk., Speisefett 14,— Mark, Speck 14,— Mk. je Kilogramm, Kondensmilch 150,— Mk. je Kiste, Kartoffeln 15,— Mk. je Zentner.

Bei Bemessung der Verbrauchspreise sind zufolge einer Anweisung des Reichswirtschaftsministers folgende Höchstzuschläge für die Kosten der Kommunalverbände und des Groß- und Kleinhandels nicht zu überschreiten: Kochmehl 0,60 Mk., Fleisch 1,60 bis 2,— Mk., Speisefett in Städten über 100 000 Einwohner 2,36 Mark, in Städten unter 100 000 Einwohner und auf dem flachen Lande 2,12 Mk., Speck 2,— bis 2,20 Mk. je Kilogramm, Kondensmilch: Höchstpreis 3,50 Mk. je Dose.

Zu unmittelbaren Ankäufen sollen Kommunalverbände usw. grundsätzlich keine Genehmigung erhalten.

*

Zur Aussperrung im Holzgewerbe. Zu dieser von uns am Freitag veröffentlichten Notiz wird uns vom hiesigen Arbeitgeber-Verband für das Holzgewerbe geschrieben, daß die Aussperrung schon am 20. Dezember v. J. ihrerseits aufgehoben sei. Das ist richtig: Die Arbeitgeber haben die Aussperrung zwar formell aufgehoben, den Reichstarif, der fast in allen Städten durchgeführt ist, für Lübeck aber nach wie vor abgelehnt. Man hat also die Aussperrung aufgehoben, den Grund der Aussperrung aber nicht beseitigt.

Gegen Karl Marx Lehren läuft das lübsche Amtsblatt am Sonnabend in einem Artikel „Parteidogma und Praxis" Sturm. Es behauptet, dieselben „seien falsch und undurchführbar". Die Regierung hätte damit eine Probe, ein Experiment gemacht und ein Fiasko damit erlitten. Dabei ist das gerade Gegenteil wahr. **Der Kapitalismus und die ihm dienenden früheren Machthaber sind die Schuldigen an Deutschlands Niedergang und seines Volkes Not,** die noch immer vergrößert wird durch die fortgesetzten Bemühungen, den Unternehmerprofit möglichst zu vermehren. Daß nur der Sozialismus instande sein wird, eine gesunde Ordnung der Dinge herbeizuführen, dürfte allmählich allen denen zur Erkenntnis kommen, die nicht blind sind oder nicht im Solde der Ausbeuter stehen. Wenn es heute der Regierung fast unmöglich ist, die Lehren von Karl Marx in die Praxis umzusetzen, so deshalb, **weil sie ein bankerottes Staatswesen übernehmen mußte.** Und zu diesem Bankerott haben es die Kriegshetzer getrieben, die jetzt über die angebliche Unfähigkeit der heutigen Reichsleitung ihre einfältigen Bemerkungen machen. Sehr komisch nimmt es sich übrigens aus, wenn die „Lübeckischen Anzeigen" über die grauen Theorien und Parteilehren Marx zetern, die sie zweifellos selbst noch nie gelesen oder sonstwie ernsthaft kennen gelernt haben; denn sonst könnten sie nicht solchen Unsinn ihren Lesern vorsetzen, den sie mit bekannten kräftigen Schimpfereien garnieren. Man denkt dabei an die Geschichte von dem Mops, der den Mond anbellt.

Umsatzsteuer. Das neue Umsatzsteuer-Gesetz vom 24. Dezember 1919 enthält für den Kleinhandel zwei Bestimmungen von besonderer Wichtigkeit. Die erhöhte Umsatzsteuer (Luxussteuer) von früher 10 jetzt 15 Prozent wird in Zukunft beim Hersteller erhoben. Für die Gegenstände, die sich bereits am 31. Dezember 1919 im Besitze eines steuerpflichtigen Kleinhandelsbetriebes befanden und im Laufe des Kalenderjahres 1920 von diesen veräußert werden, bleibt die 10prozentige Steuer bis zum 31. Dezember 1920 bestehen. Sie ist in diesen Ausnahmefällen, die zunächst allerdings wohl noch die Regel bilden werden, vom Kleinhändler und nicht vom Hersteller zu entrichten. Die gewöhnliche Umsatzsteuer ist von ½ auf 1½ Prozent erhöht worden. Die Steuer von 1½ Prozent ist aber nur dann zu zahlen, wenn sowohl die Vereinnahmung als auch die Lieferung nach dem 31. Dezember 1919 liegen. Werden also vor dem 1. Januar 1920 gelieferte Waren nach diesem Zeitpunkte bezahlt, so ist nur die alte Umsatzsteuer von ½ Prozent zu bezahlen.

Störungen im Seezeichenwesen. Aus dem Reichswehrministerium wird mitgeteilt: Die Betonnung und Befeuerung der deutschen Küsten und Gewässer sowie das ganze sonstige Seezeichenwesen waren bisher Angelegenheit der Küstenbezirksämter der Reichsmarine. Das gesamte Seezeichenwesen ist jetzt dem Reichsverkehrsministerium übertragen. Diese Umorganisation hatte als Uebergangserscheinungen gewisse Unzuverlässigkeiten und Störungen im Seezeichenwesen zur Folge. Anfragen sind in Zukunft an das Reichsverkehrsministerium zu richten.

Hochseefischerei „Trave". In der Gewerbegesellschaft hielt vorige Woche Prof. Dr. Schulze einen Vortrag über Hochseefischerei, in der er erklärte, daß diese auch von Lübeck aus betrieben werden soll. Es habe sich zu diesem Zwecke die Hochseefischerei „Trave" gebildet und eine neue Partenreederei sei in der Bildung begriffen. Auch die Gothmunder und Schlutuper Fischer hätten sich zur Anschaffung größerer Fahrzeuge entschlossen, um dem Fischfang an den dänischen Küsten obliegen zu können.

Der Streik der Angestellten im Versicherungsgewerbe hat sein Ziel erreicht, die Unternehmer sind zu Verhandlungen bereit. Es bleibt einer gewissen Presse vorbehalten, unter Verschiebung des Tatbestandes den Streik als verunglückt hinzustellen. Wie bekannt, hatte der Arbeitgeberverband jede Unterhandlung abgelehnt und war auch vor dem Reichsarbeitsministerium nicht zu irgendwelchen Zugeständnissen bereit. Die entschlossen einsetzende umfassende Aktion, die der Zentralverband der Angestellten in ganz Deutschland führte, hat den Unternehmertrotz gebrochen, und der beste Beweis für die rein wirtschaftlichen Triebkräfte der Arbeitnehmer ist wohl in der von Berlin ausgegebenen Parole zum Abbruch des Streiks, nachdem die Verhandlungsbereitschaft der Arbeitgeber erklärt war, zu sehen. Hoffen wir, daß es in den Verhandlungen den Vertretern der Versicherungsangestellten gelingt, zeitgemäße Gehälter und Bedingungen durchzusetzen. Die von der hiesigen bürgerlichen Presse gebrachte Notiz, der Zentralverband habe seinen Vorstand vom Amte entfernt, ist aus den Fingern gesogen.

Was das Ausland bezahlt. Auswärtige Blätter berichten aus Lübeck: In einem Hause stand ein alter eichener Dielenschrank. Diese Tage fand sich ein Käufer für das mächtige Stück, es war ein Ausländer. Er bezahlte für den Schrank ohne mit der Wimper zu zucken den unerhörten Preis von 8000 Mk. Dieser Preis ist nur durch das Valutaelend Deutschlands zu erklären. Vor dem Krieg wäre der Schrank mit 1800 Mk. reichlich bezahlt gewesen.

Wieder eisfrei. Der Elbe-Trave-Kanal ist von heute ab für alle Fahrzeuge wieder freigegeben.

Industrielieferungen nach Dänemark. Hinsichtlich der Zahlungsbedingungen beim Verkauf von Fertigfabrikaten nach Dänemark ist von einzelnen industriellen Unternehmungen ein zweckmäßiges und nachahmenswertes Verfahren eingeschlagen worden. Es besteht darin, daß der Verkauf in Kronenwährung erfolgt und der dänische Käufer bei Abschluß des Kaufvertrages eine Anzahlung in Kronen macht. Diese war von dem deutschen Verkäufer bis zur Bewirkung der Lieferung und Fälliowerden des Kaufpreises zu verzinsen, bietet ihm aber den großen Vorteil, daß er sofort bei Annahme der Bestellung ein Guthaben in dänischer Währung erhält, das ihm den Bezug weiterer Rohstoffe aus dem Auslande zur schnelleren Fortsetzung bezw. Ausdehnung der Produktion gestattet.

Betriebsstörung. Wegen Kabeldefekts der Überlandzentrale mußte die Lübecker Maschinenbaugesellschaft ihren Betrieb auf zwei Tage schließen. Da 1800 Mann in Betracht kommen, ist es nur zu begrüßen, daß der Schaden so bald behoben werden konnte.

Gefälschte Reichsbanknoten. Wie aus Berlin gemeldet wird, sind seit kurzem Nachbildungen der rosafarbigen Reichsbanknoten zu 50 Mark mit dem Datum des 21. 4. 1910 aufgetaucht. Die Nachbildungen sind hauptsächlich daran zu erkennen, daß die Riffelung des Papiers fehlt. Die Faserstreifen, die den Nachbildungen fehlen, sind durch eine gelbliche Tönung des Papiers oberflächlich nachgeahmt. Das Papier ist unregelmäßig beschnitten. Die Nummern bestehen aus verschiedenen großen und kleinen Typen mit abweichendem Schriftcharakter, und zwar sind die letzten drei Ziffern etwas kleiner als die anderen. Der Kreis in der Mitte der unteren Begrenzung zur Mittelguilloche ist unten rechts über dem zweiten „p" in der Unterschrift „v. Glasenapp" etwas abgeflacht. Vor Annahme der Falschstücke mit obengenannten Kennzeichen wird gewarnt.

Verein für volkstümliche Naturkunde. Am Sonnabend, dem 10. Januar, sprach im Vortragsaal des Museums am Dom Herr Navigationslehrer Krauß über „Die Wettervorhersage in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft". Ausgehnd von der Astrometeorologie und den Bauernregeln schilderte der Vortragende die Entwicklung, das Wesen und die Bedeutung der heutigen staatlichen synoptischen Wettervorhersage, der Kaltenbrunnerschen Prognose, der auf Sonnen- und Mondperioden gegründeten Methoden, der langfristigen Wettervorhersage und anderer. Nach einer Kritik dieser einzelnen Arten der Prognosen kam der Redner zu dem Schluß, daß unser jetziger Wetterdienst unsere Erwartungen und Hoffnungen nicht zu befriedigen vermag. Der Hauptgrund für dieses Versagen soll darin liegen, daß unsere ganze heutige Meteorologie noch fast ausschließlich eine Boden- oder Horizontalmeteorologie ist, die sich auf Beobachtungen aufbaut, die aus der unteren Grenze des Luftmeeres stammen. Eine Besserung kann erst die Wettervorhersage der Zukunft bringen, die eine Aufgabe der Höhen- oder Raummeteorologie sein wird. Der Redner besprach noch die Voraussetzungen für diese Wissenschaft sowie ihre schon jetzt erzielten Erfolge. Eine Reihe guter Lichtbilder unterstützte das Verständnis der klaren und interessanten Ausführungen, denen die zahlreichen Hörer lebhaften Beifall zollten.

Hansa-Theater. Mittwoch, den 14. Januar: „Heideröschen". Volksvorstellung zu halben Preisen. Am Freitag werden die Hamburger Kammerspiele zum 2. Male mit „Die Büchse der Pandora" von Frank Wedekind in Originalbesetzung bei gewöhnlichen Preisen gastieren.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau. Hühnerdiebe. Vor einigen Nächten wurden einem Einwohner der Lübeckerstraße 15 Hühner aus dem Stall gestohlen; nur die Köpfe fanden sich morgens vor. — Aus Geertz Hotel wurden Wäsche und Lebensmittel gestohlen.

Schwartau. Jugendverein. Programm für Monat Januar. Donnerstag, 15. Januar: Vortrag über Alkohol vom Genossen Fick. Sonnabend, 17. Januar: Probeabend zum Elternabend. Sonntag, 18. Januar: Bunter Abend. Donnerstag, 22. Januar: Liederabend. Sonnabend, 24. Januar: Gesellschaftsspiele. Sonntag, 25. Januar: Monatsbesprechung. Donnerstag, 29. Januar: Leseabend. Sonnabend, 31. Januar: Gemütlicher Abend. Dienstag: Üben zum Unterhaltungsabend. Die halbjährige Abrechnung ergab 367,08 Mk. Einnahme, denen 433,70 Mark Ausgabe gegenüberstehen, sodaß eine Mehrausgabe von 66,62 Mk. zu verzeichnen ist. Unsere Jugendbewegung muß also etwas mehr unterstützt werden. Das Gewerkschaftskartell hat der Jugendbewegung vierteljährlich 50 Mk. zugewiesen. Der Jugendverein wird in nächster Zeit einen Elternabend veranstalten, wobei wir auf zahlreiche Beteiligung hoffen.

Hamburg. Wissell über die Planwirtschaft. Auf Veranlassung der Exekutive des großen Arbeiterrates sprach der ehemalige Reichswirtschaftsminister Wissell am Montag vor Mitgliedern des Arbeiterrates über die Planwirtschaft. Der Redner legte unter anderem dar, daß man den Mut haben müsse, die Wahrheit zu sagen, damit die Oeffentlichkeit sich mehr mit der Frage des Wiederaufbaues beschäftige. Denn noch immer erkennt die breite Masse nicht die geradezu trostlose Lage unseres Vaterlandes. **Während des Krieges keine produktive Arbeit,** durch den Friedensvertrag den **Verlust bedeutender Industriegebiete** und damit der **Verlust notwendiger Roherze,** für die **Industrie Kohlenreviere** und für die **Brotversorgung der Verlust gerade der Provinzen,** die uns in erster Linie **Roggen und Weizen lieferten.** Die einzige Hilfe sei planmäßiger Aufbau von unten. Für die Ein- und Ausfuhr müßten Außenhandelsstellen auf gemeinschaftlicher Grundlage errichtet werden, in der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer paritätisch vertreten sind. Ausfuhrerlaubnis dürfe nur dann erteilt werden, wenn für die **deutschen Produkte Preise gezahlt werden, die den Auslandspreisen entsprechen.** Die **Einfuhrerlaubnis dürfte nur erteilt werden, wenn die Länder,** die uns z. B. Kaffee senden, **gleichzeitig Artikel, wie Baumwolle,** für unsere Industrie liefern. Zum **niedrigen Stand der Valuta** äußerte sich der frühere Handelsminister, daß dieser nur herbeigeführt sei durch die **teilweise Zulassung des freien Handels.**

Hamburg. Reaktion und Presse. Der bekannte günstige Wind hat dem „Echo" ein Schreiben der Geschäftsstelle für nationale Wohlfahrtsvereine zugeweht, das mit folgenden Worten beginnt: Propaganda zur Erhaltung des freien selbständigen Unternehmertums! Wahrnehmung der Interessen des Arbeitgebers, Abwehr übertriebener Staatseinwirkungen und Einführung angemessener Arbeitsbedingungen. In einem Aufruf heißt es: „Die Rettung Deutschlands liegt im freien selbständigen Unternehmertum. Wir richten an alle Unternehmer die dringende Bitte, zur Förderung der Unternehmerpresse beizutragen. Je größer der von Ihnen gespendete Betrag, desto mehr Exemplare können wir gratis zur Verteilung bringen als Gegengewicht gegen die vielen sozialistischen Schriften." — Mit diesem Schreiben ist erneut ein Beweis geliefert, in welchem Maße die Reaktion am Werke ist. Mit allen Mitteln wird gegen die neue Zeit angekämpft. Daß die Sache mehr als örtliche Bedeutung hat, beweist ein weiteres Schreiben, in denen Verbände von Großindustriellen sich zur Unterstützung dieser Propaganda bereit erklären. Mögen diese Dinge unsere Leser und Parteigenossen darüber aufklären, in wie hohem Maße der Kampf gegen die Reaktion und vor allem die täglich erneute Ausbreitung der sozialdemokratischen Presse ist.

Hamburg. Vergewaltigung der Opposition im Metallarbeiterverband. Die neue Ortsverwaltung betreibt mit allen Mitteln U.-S.-P.-Politik. Das trat auch wieder deutlich in die Erscheinung in der Versammlung, wo die Wahl der Delegierten zur Bezirkskonferenz vorgenommen wurde. Man erklärte beim Vorschlag der Kandidaten den Vorschlag Kempkens für ungültig, weil K. nicht anwesend war. Trotzdem ein Genosse mitteilte, daß K. ihm aufgetragen habe, er würde die Wahl annehmen, vertrat man den Standpunkt, daß dies unzulässig sei; es könnten nur Kollegen gewählt werden, die anwesend seien. Unter ungeheurem Lärm und lebhaftem Widerspruch wurde dann über die Beitragserhöhung abgestimmt. Vorsichtig gesagt, war das Ergebnis unbedingt zweifelhaft, trotzdem erklärte Müller kategorisch, der Antrag auf Erhöhung sei angenommen. In großer Erregung und unter lautem Protest verließen darauf die S.-P.-D.-Mitglieder den Saal, ohne das Referat von Dißmann, der als nächster Punkt der Tagesordnung behandelt werden sollte, abzuwarten. Nun stellte sich denn auch heraus, wo tatsächlich die Mehrheit war. Die stark überfüllten Säle des „Volksgartens" leerten sich weit über die Hälfte. Darauf wurde die Tagung ohne die S.-P.-D.-Mitglieder fortgesetzt.

Hamburg. Infolge des Eisenbahnerstreiks sind die Zufuhren im Augenblick so gut wie gänzlich eingestellt. Wenn sich die Streiklage in den Eisenbahndirektionsbezirken Essen, Elberfeld und Münster nicht ändert, muß, um den Betrieb der Elektrizitätswerke für wichtige Nahrungsmittelbetriebe und Lichtzwecke aufrecht zu erhalten, mit folgenden Einschränkungen gerechnet werden: Die Industrie wird ab Mittwoch, 14. Januar, keinen Kraftstrom mehr beziehen können. Die Verkehrsmittel, also die Hamburger Straßenbahn, die Hamburg-Altonaer Zentralbahn und die Hamburger Hochbahn werden ab Donnerstag, 15. Januar, ihren Betrieb nur bis 6 Uhr abends aufrechterhalten können.

Hamburg. Kommunistische Zensur. Ueber das im Auftrage der K. P. D. herausgegebene Jugendliederbuch „Proletarier singe!" (Karl Hoym) hat die Zensorschere gewütet. Aus der Audorffschen Arbeitermarseillaise „Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet" hat sie den Vers: „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen" herausgeschnitten! Also sogar der Kommunismus „Hamburger Observanz" bedient sich des Mittels „schwärzester Reaktion". Aber sie mögen beruhigt sein, die guten Hamburger Kommunisten! Auch ohne den in ihren Augen anstößigen und gefährlichen Vers wird das freie Wahlrecht das Zeichen sein, in de mdas Proletariat siegen wird. Trotz der Hoymschen Zensur wird der Grundsatz des gleichen Rechts für alles, was Menschenantlitz trägt, obsiegen.

Hamburg. Neue Forderungen der Straßenbahner. Eine Versammlung der Straßen- und Hochbahner forderte eine Übergangsbeihilfe von 1000 Mk. für jeden Angestellten und 200 Mk. für jedes Kind. — Todessturz vom Dach. Vom Dach des Hauses Stöckhardtstraße 64 ist bei Ausübung seiner Berufstätigkeit ein Schornsteinfeger in die Tiefe gestürzt und war sofort tot.

Altona. Ein Löffelschlucker. Der erst 17 Jahre alte Handlungsgehilfe Witzel aus Wandsbeck, der sich wegen Diebstahls im Untersuchungsgefängnis befindet, verschluckte, um sich der drohenden Strafe zu entziehen, vor einiger Zeit einen Eßlöffel, der im städtischen Krankenhause von Professor Jenkel wieder aus dem Magen entfernt wurde. Kaum befand sich W. wieder im Gefängnis, als er sich auf unermittelte Weise wieder drei Löffel verschaffte und diese wiederum verschluckte. Er wurde zur Entfernung dieser nun aufs neue dem Krankenhause zugeführt.

Altona. Eisenbahnbeamte als Schieber. Eine schwere Beschuldigung ist gegen zwei Eisenbahn-Oberassistenten erhoben, die noch weitere Kreise ziehen dürfte. Von der Kriegsgesellschaft liefen hier vor einiger Zeit drei Waggons mit Talg ein, die für die Firma A. L. Mohr bestimmt waren. Diese drei Waggons verschoben die beiden Beamten nach Hamburg. Um die Schiebung zu verdecken, ließen sie die ersten Frachtbriefe verschwinden und stellten falsche aus, in denen sie die Sendungen als Salzgurken und Salzheringe deklarierten. Weitere Verhaftungen in der Angelegenheit stehen noch bevor.

Kiel. Ein privates Fettmonopol für Schleswig-Holstein? Sicheren Informationen zufolge sind nach der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung Kräfte am Werke, welche die gesamte Fettproduktion nach dem von gewissen Kreisen erwarteten Zusammenbruch der Zwangsbewirtschaftung in ihre Hand bringen wollen. Anscheinend ist auch der Leiter der Provinzial-Fettstelle an dieser Bewegung beteiligt. Es wäre interessant zu erfahren, ob der Herr denkt, hier die so sauer erworbenen Millionen unterzubringen.

Kiel. Bolschewisten auf der Durchreise. Infolge eines Maschinendefektes ist der amerikanische Dampfer „Bofard" mit 250 ausgewiesenen Bolschewisten an Bord in Kiel eingelaufen. Er ist von einem amerikanischen Kreuzer begleitet und wird einige Tage zur Reparatur in Kiel bleiben. Dann geht er nach Baltisch-Port in Estland weiter.

Flensburg. Die neue Verwaltung in Nordschleswig. Mit dem Eintritt des Friedenszustandes ist auch für das nördliche Abstimmungsgebiet die entscheidende Stunde gekommen. 14 Tage nach der Räumung, also am 20. Januar, wird die interalliierte Kommission, die in Kopenhagen zur Abreise bereit ist, die Verwaltung des Teiles übernehmen. Mit der Uebernahme der Regierung durch die Kommission wird in der Südgrenze des Abstimmungsgebietes eine neue Paßgrenze errichtet werden. Die Zollgrenze bleibt unverändert. Ebenso geht der Eisenbahnverkehr weiter wie bisher. Das Abstimmungsgebiet wird überhaupt weiter nach deutschem Gesetze verwaltet. Nur die obersten deutschen Beamten treten von ihren Posten zurück. Die Arbeiter- und Soldatenräte werden, soweit sie bestehen, aufgelöst. Spätestens drei Wochen nach der Räumung, also am 10. Februar, findet, laut Friedensvertrag, die Abstimmung in der ersten Zone, spätestens 5 Wochen danach, also am 12. März, die Abstimmung in der zweiten Zone statt.

Schleswig. Eisenbahnerstreik in Nordschleswig. In Flensburg und Neumünster ist ein wilder Eisenbahnerstreik ausgebrochen. Der Personen- und Güterverkehr ist gänzlich lahmgelegt. Die Züge nach dem Norden verkehren nicht. Da die vorhandenen Kohlenvorräte zur Aufrechterhaltung der Lebensmittel- und anderer wichtiger Betriebe gebraucht werden, wird in Schleswig der Kraftstromverbrauch sowie der Straßenbahnverkehr gänzlich eingestellt. Man hofft, die Lichtversorgung noch etwa zwei Wochen für wenige Stunden täglich aufrecht erhalten zu können.

Schleswig. Die Faust des Siegers. Folgendes Vieh soll aus der Provinz Schleswig-Holstein an die Entente abgeliefert werden: 31 Hengste, 1824 Mutterstuten, 2161 schwarzbunte Rinder (Milchkühe), 6000 rotbunte Rinder (Milchkühe), 3600 schwarzbunte Jungrinder und Bullen, 22 englische Schafböcke, 2160 englische Mutterschafe, 10 Wilstermarsch-Böcke, 100 Wilstermarsch-Mutterschafe. Jedes 100. Rind muß auf seinen Gesundheitszustand geimpft werden. Nach der letzten Viehzählung und genauer Berechnung muß jede 16. bis 17. Kuh abgegeben werden.

Lüneburg. Beim Brand der Portlandzementfabrik ist nur die Umhüllung zu den Oefen und ein dazu gehöriger Fahrstuhl, nicht wie gemeldet, die ganze Fabrik, abgebrannt.

Wilhelmshaven. Stücklohnarbeit auf der Werft. Nachdem alle in Frage kommenden deutschen Werften sich für die Einführung des Stücklohnes entschieden haben, ist ein gleicher Beschluß auch gestern bei uns zustandegekommen. Es stimmten für Einführung der Stücklohnarbeit 4227 Arbeiter, dagegen 3632.

Celle. Eisenbahnunglück. Montag vormittag fuhr bei Lehrte infolge eines Fehlers der Signalbedienung auf einen Eilgüterzug eine leerfahrende Lokomotive auf. Fünf Wagen des Güterzuges entgleisten und wurden zum Teil schwer beschädigt. Von dem Personal des Eilgüterzuges wurden zwei Personen getötet und zwei weitere Beamte ziemlich schwer verletzt. Von Hannover wurde ein Hilfszug nach dorthin entsandt.

Neueste Nachrichten.

Ausdehnung des Eisenbahnerstreiks in Oberschlesien.

TU. Oppeln, 13. Januar. Der oberschlesische Eisenbahnerstreik hat am Sonnabend und Sonntag an Ausdehnung zugenommen, doch dürfte er von nicht allzu langer Dauer sein, da die Zentralleitung der Gewerkschaften und auch die Beamtenorganisationen es abgelehnt haben, sich am Streik zu beteiligen. Dagegen steht ein Sympathiestreik der Arbeiter und Angestellten der oberschlesischen Kleinbahnen in Aussicht. Die Bahnhöfe, auf denen gestreikt wird, sind zur Verhütung von Unruhen durch Reichswehr und Sicherheitspolizei besetzt worden. Bisher ist die Ruhe nirgends gestört. Die Arbeiter sind mitten in den Tarifverhandlungen und trotz des bedeutenden Entgegenkommens in Form von Zugeständnissen in den Streik eingetreten, sodaß die Vermutung politischer Beweggründe nahe liegt. Die Streikenden sind auf die Opferwilligkeit ihrer Kameraden angewiesen. Der Personenzugverkehr wird bis jetzt aufrechterhalten, doch ist vielfach der Güterverkehr lahmgelegt.

Vor einem neuen Generalstreik in Leipzig?

TU. Leipzig, 13. Januar. Hier sind Gerüchte über einen bevorstehenden Generalstreik verbreitet. Der Zentralausschuß der Leipziger Arbeitgeberverbände hat in den Betrieben deshalb ein Plakat anbringen lassen, indem es u. a. heißt: „Sicheren Nachrichten zufolge ist für die nächste Zeit wiederum ein Generalstreik geplant. Gemäß einstimmigem Beschluß des Zentralausschusses der Leipziger Arbeitgeberverbände wird Lohn oder Gehalt für die Streikdauer nicht gezahlt. Die Arbeitsniederlegung durch Streik kommt einer Arbeitsverweigerung gleich und berechtigt die Arbeitgeber zur sofortigen Entlassung." Vormittags fand eine Versammlung von 2000 Arbeitslosen statt, die einen Teuerungsausgleich verlangten. Die Arbeitslosen zogen dann durch die Stadt. In den Mittagsstunden erschienen an den Plakatsäulen Anschläge, die der Befehlshaber für Westsachsen unterzeichnet hat, und in denen die Bevölkerung davor gewarnt wird, sich zu einem politischen Streik hinreißen zu lassen. Er weist darauf hin, daß notwendigerweise von der Waffe Gebrauch gemacht werden wird.

Sabotage der Telegraphenarbeiter?

TU. Münster, 13. Januar. Die streikenden Telegraphenarbeiter haben durch Sabotage den Telegraphen- und Telephonverkehr im ganzen Industriegebiet erheblich geschädigt. Von den maßgebenden Stellen ist einwandfrei festgestellt worden, daß es sich um ein von langer Hand vorbereitetes Komplott handelt. Die Streikenden haben nicht nur einzelne Drahtverbindungen durchschnitten, sie haben auch an zwei Stellen ganze Kabel mit je 25 Leitungen zerhackt. Leitungsaufseher und Vorarbeiter sind seit Sonnabend an der Arbeit, die Störungen zu beheben. Die Streikenden versuchten, diese Beamten an der Ausübung ihrer Tätigkeit zu hindern. Anscheinend unter dem Druck des Ausnahmezustandes haben sich die Streikenden bereit erklärt, für Wiederherstellung der Anschlüsse für gemeinnützige Zwecke die Beamten zu unterstützen. Zurzeit finden in Berlin Verhandlungen zwischen den Vertretern der Telegraphenarbeiter und dem Reichspostministerium statt.

Arbeitsaufnahme in Köln.

TU. Köln, 13. Januar. Die ausständigen Eisenbahner haben gestern die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die Eisenbahndirektion hatte erklären lassen, daß alle Ausständigen, die Montag die Arbeit nicht wieder aufnehmen würden, aus dem Eisenbahndienst entlassen seien.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit" ist soeben das 15. Heft vom 1. Band des 38. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Das Problem der Minderheitsregierung. Von Artur Heichen. — „Positive, planvolle, zielklare Wirtschaftspolitik". Von Rud. Wissell. — Schulreformen der Französischen Revolution. Von Heinrich Cunow. I. — Reichswehr, Volkswehr, Einwohnerwehr. Von W. Guske. — Literarische Rundschau.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 6,50 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 50 Pfg.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Briefkasten.

H. Sp. 1. Es ist wohl anzunehmen, daß damals ein Polizeibeamter den Namen des Führers des Fuhrwerks festgestellt hat. Vielleicht haben Sie die Möglichkeit, auf dem Umwege über die Polizei den Besitzer des Fuhrwerks zur Rechenschaft zu ziehen. Ist jedoch der Vorgang damals den Augen eines Polizeibeamten entgangen, so müßten Sie schon versuchen, durch einen kleinen Aufruf in den Zeitungen Zeugen zu ermitteln. Da sich der Unfall an sehr belebter Stelle abgespielt hat, werden sich zweifellos Zeugen genügend ausfindig machen lassen. 2. Der Besitzer des Fuhrwerks ist Ihnen schadenersatzpflichtig.

H. J. Die Redaktion muß Ihren Namen wissen. An wen sollen wir uns sonst bei etwaigen Rückfragen wenden?

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Landesvorstand. Eutin, den 6. Jan. 1920.

Der Kleinhandelshöchstpreis für die auf Buttervergrauchsbuch zur Verteilung gelangende Margarine wird mit Wirkung vom 15. Januar d. Js. auf 5,87 Mk. für ein Pfund festgesetzt.

Wer diesen Höchstpreis überschreitet, wird nach den Strafbestimmungen des Gesetzes über die Höchstpreise bestraft.

1448 **Willms.**

Die glückliche Geburt eines gesunden kräftigen Jungen zeigen hocherfreut an

Willi Westfehling und Frau
Anna geb. Goldschmidt.

1436

Schulwärterinnenstelle in Travemünde

An der Bezirksschule in Travemünde ist die Stelle einer Schulwärterin sofort zu besetzen. Kriegerwitwen oder alleinstehende Frauen, in erster Linie solche, die in Travemünde wohnen, erhalten den Vorzug. Meldungen zwischen 12 und 1 Uhr im Bureau der Oberschulbehörde, Glockengießerstraße 4. (1442

Die Oberschulbehörde.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur silbernen Hochzeit danken herzlich (1440

H. Barg und Frau
Elise geb. Mustin.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Lübeck

Am Sonnabend, dem 10. Januar starb unser Kollege, der Kutscher

Friedr. Möller.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 14. Januar, mittags 1½ Uhr von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes statt. (1449

Sammelplatz der Kollegen daselbst 1¼ Uhr.

Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei dem Hinscheiden meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, für die trostreichen Worte des Herrn Pastor Müller, sowie den Angestellten der Lübecker Straßenbahn von der Roeckstraße auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank. (1434

J. Stade u. Kinder.

---

9 D.-Maskenkostüme zu vermieten.
1437) Sadowstr. 23, I.

---

1 Schlafst.-Einrichtung
m. la. Matr. u. Spieg. u. Matratzen, ungebr., (1438
bill. z. verk. **Wahmstr. 68.**

Arbeiter-Turn-Verein Lübeck.

Abteilung St. Jürgen.

Beginn der Turnstunden heute Dienstag
abends 7½ Uhr
in der Turnhalle St. Jürgenschule, Kohlhofstraße.
1443) Der Vorstand.

Achtung!
Schweinegilde für Fackenburg u. Stangen.

General-Versammlung
am Sonntag, 18. Januar nachmittags 3 Uhr
bei Dose.

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht über das Geschäftsjahr.
2. Wahlen.
3. Verschiedenes.
4. Verlesen der Mitgliederliste (1441

Deutscher
Transportarb.-Verb.
Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung der Schauerleute
am Mittwoch, d. 14. Jan., abends 7½ Uhr, im Lokale des Herrn Fr. Lender, Hundestr. 41.

Tagesordnung:
Bericht der Lohnkommission.

Versammlung der Kohlenafforbarbeiter
am Mittwoch, d. 14. Jan., abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
Bericht der Lohnkommission.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen zu beiden Versammlungen ist **dringend** notwendig. Mitgliedsbücher vom D. T. V. müssen vorgezeigt werden
1450) **Die Ortsverwaltung.**

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.

Bezirks-Versammlung
für die Mitglieder der Warenabgabestelle
Siems
am Freitag, dem 16. Januar abends 7½ Uhr bei **Westphal.**

Tagesordnung
1. Geschäftsbericht.
2. Stellungnahme zur Sterbeunterstützung.

1446) **Der Vorstand.**

Platt-deutsche Volksgild.

Donnerstag, d. 15. Januar 1920, abends 7½ Uhr, im Kolosseum

Klönabend

Vortrag, Zeitungsvorlesung. De dössige Hinnerk ist dor. Karten vorwiesen. (1454

Hansa-Theater

Dienstag, 7 Uhr:
Die lustige Witwe.
Operette von Fr. Lehar.
Danilo — Hans Bechmann
Valencienne — Erna Lehmann.
Mittwoch: (1429
Volkstümliche Vorstellung.
Heideröschen.
(Kleine Preise 4—1 M.)
Donnerstag Faschingsfee
Freitag: Gastspiel der Hamburg. Kammerspiele.
Die Büchse der Pandora.

Die Interessen der Haus- und Grundbesitzer

werden am besten vertreten im

Neuen Grundeigentümer-Verein Lübeck u. U. von 1919 e. V.

Darum melde sich jeder sofort als Mitglied an. (1433

Geschäftsstelle: Engelsgrube 36, 10—1 Uhr; schriftliche Anmeldung dorthin.

Holstenhaus

G. m. b. H. Lübeck

Inventur-Ausverkauf

in allen behördlich hierfür freigegebenen Abteilungen.
Textilwaren und Schuhe in Stoff und Leder sind vom Ausverkauf ausgeschlossen.

Billige Rest-Posten
in unserer Schreibwaren-Abteilung, unter anderem:

Ein Posten **Billett-Papier** 100 Bogen **2.00**	Ein Posten **Briefpapier** in Blocks Quartformat 2,25 Oktav **1.75**
Ein Posten **Geschäfts-Kuverte** 1000 Stück 25.00 100 Stück **2.75**	Ein Posten **Lineale** teils mit Einlage Regulär bis 3.75 Jetzt **25 ₰**
Ein Posten **Schüler-Etuis** mit Füllung Regulär bis 6.50 Jetzt 1.45 95 ₰ und **55 ₰**	Ein Posten **Briefkarten-Ständer** für den Schreibtisch Regulär bis 9.75 Jetzt 3.75 und **2.50**
Ein Posten **Postkarten-Alben** **1.95 1.45**	
Ein Posten **Schreibzeuge** Regulär bis 3.50 Jetzt durchweg **1.75**	Ein Posten **Tinten-Löscher** Regulär bis 3.75 Jetzt 1.25 95 ₰ **75 ₰**
Ein Posten **Butterbrot-Papier** Rolle **22 ₰**	Ein Posten **Toilette-Papier** Rolle **45 ₰**
Ein Posten **Brief-Kassetten** leicht angestaubt **weit unter Preis.**	

In unserer Lederwaren-Abteilung unter anderem:

Ein Posten **Markttaschen und Verlängerungstaschen** Regulär bis 14.75 Jetzt 1.95 95 ₰ und **25 ₰**	Ein Posten **Damen-Handtaschen** verschiedene Formen Regulär bis 6.95 Jetzt 95 ₰ und **65 ₰**
Ein Posten **Portemonnaies** für Damen und Herren Regulär bis 5.95 Jetzt 2.75 1.25 und **65 ₰**	Ein Posten **Reise-Necessaires** Regulär bis 36.50 Jetzt 25.— und **11.75**
Ein Posten **Reise-Taschen** Regulär bis 32.— Jetzt 15.75 12.75 **9.75**	Ein Posten **Damen-Koffer und Kassetten** Jetzt 29.50 22.50 und **15.50**
Ein Posten **Schulränzel** Regulär bis 15.— Jetzt 2.25 1.75 **95 ₰**	Ein Posten **Schultaschen** Regulär bis 7.50 Jetzt 1.25 75 ₰ **45 ₰**

Louisenlust.

Morgen Mittwoch:
Grosses Tanzkränzchen.
Beginn 6 Uhr. (1432) **Aegidius Maka.**
Kaffee und Kuchen.

Konzerthaus Lübeck.

Morgen Mittwoch und Sonntag:
Großer Ballabend.
Musik: Künstlerkapelle Sulanke.
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr.
1451

Stadthallen

-Lichtspiele. Mühlenbrücke 13.
Das größte u. modernste Lichtspiel-Theater am Platze.
Versäumen Sie nicht zu sehen!
Ab Freitag, den 9. bis 15. Januar:
Der große Film
Die weißen Rosen von Ravensberg
Drama in 6 Akten nach dem gleichnamigen Roman von **E. von Adlersfeld-Ballestrem.**
In der Hauptrolle: **Nils Chrisander.**
Außerdem
Wahnsinn
Drama in 5 Akten. Hauptdarsteller: **Conradt-Veidt**
und
Amt — Zukunft
Schwank.
Auf unser großes Orchester wird besond. hingewiesen.
Gutgeheiztes Lokal. (1448
Aufführungszeiten: 4—7 Uhr und 7—10 Uhr.

Zentral-Theater
Moderne Lichtspiele
Das neueste, modernste u. bequemste Lichtspiel-Theater am Platze.
25 Johannisstraße 25. Früher Monopol:
Nur 3 Tage:
Tote, die nicht sterben
oder
Du sollst nicht töten!
Großes Lebensdrama in 4 Akten nach M. Olz.
Brandmal.
Drama in 4 Akten mit **Egede Nissen.**
Der rasende Othello
Lustspiel. 1452

Gewerkschaftshaus.

Sonnabend, den 17. Januar 1435
Grosser Skat-Abend.

Arbeitsbaugenossenschaft

Lübeck e. G. m. b. H.

Freitag, den 16. Januar,
abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus,
Johannisstraße, großer Saal

öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
Zweck und Ziel der Arbeitsbaugenossenschaft. Referent: **Gogowsky.**

Vor und in der Versammlung werden Beitrittserklärungen entgegen genommen. Beitrittsgeld 2 Mk.

Die Mitglieder der Arbeitsbaugenossenschaft werden ersucht, für zahlreichen Besuch der Versammlung Sorge zu tragen und alle Freunde und Bekannte zum Eintritt aufzufordern.

Alle Interessenten der **Siedlungsbestrebungen** und diejenigen, die unter der herrschenden **Wohnungsnot** zu leiden haben, im besonderen die Frauen, sind zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen.

1447 **Der Vorstand der Arbeitsbaugenossenschaft.**

Kolosseum
Jeden Mittwoch: (1430
Gr. Ball
Anfang 6 Uhr. Heinr. Ohde.

Das Erfurter Programm
Mk. 1.20.
Buchh. Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Ankauf v. künstl. Gebissen, Brennstift., Platin alt. Gold u. Silb. gold. u. silb. Taschenuhr. Königstr. 92 (1451

Fledermaus
Kabarett-Diele.
Fünfhausen 17/19.
Das große
Januar-Programm!
10 Kaukasia-Tanzsterne
berühmte Gesangs- und Tanz-Truppe
Hansi Heller
hum. Vortrags-Sängerin.
Albert Hersting
der ausgezeichnete Grotesk-Komiker.
Gastspiel
Fritz Steidl
der bekannte und liebenswürdige Humorist.
Nagaina (1444
indische Tempeltänzerin.
Hans Fried
hervorragender Chansonnier u. Ansager.
Original Darwin-Duo
in ihren abwechslungsreichen Tanzschöpfungen.
Der Gipfel der Tanzkunst!
2 Orchester: Dirigenten H. Elvers u. W. Schwenk.
4-Uhr-Tee u. Auftreten der Künstler.
Eintritt frei — kein Garderobenzwang.
Echte Biere, beste Weine, kaltes Büfett.

Stadttheater Lübeck
(1439
Dienstag, den 13. Januar:
16. Vorstellung im Dienstag Abonnement.
Hoffmanns Erzählungen.
Phantast. Oper in 3 Akten, 1 Vor- und 1 Nachspiel von J. Offenbach.
Mittwoch, den 14. Januar:
15. Vorstellg. im Mittwoch-Abonnement.
Und das Licht leuchtet in der Finsternis.
Donnerstag, d. 15. Januar:
Schauspielgemeinde.
Rote Karten.
Vasantasena.
Freitag, den 16. Januar:
16. Vorstellung im Freitag-Abonnement.
Eugen Onegrin

Beilage zu Nr. 10.
27. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Dienstag,
den 13. Januar 1920

Den Beamten.

Von Carl Mirow.

Mehr als Jahresfrist ist dahingegangen, seitdem das deutsche Volk die Führung seines Geschickes selbst in die Hand genommen hat. Hinter uns liegt einer der blutigsten und grausamsten Kriege der Weltgeschichte, der Millionen unserer Volksgenossen das Leben und die Gesundheit gekostet, Millionen Kinder zu Waisen gemacht und unser Volk auf Jahrzehnte hinaus unter die Gewalt der Entente gebracht hat. Schwere und opferreiche Tage stehen uns noch bevor, für die aber einzig und allein das alte Regiment mit all seinen Fehlern und Schwächen die Verantwortung trägt. Dieses sollte besonders all denen zum Bewußtsein kommen, die heute noch im Banne des alten Klassenstaates stehen.

Das Wohl und Wehe der Beamten und Angestellten ist eng mit dem Bestehen des Staatswesens verknüpft. Sie müssen immer mehr erkennen, daß sie zur Regierungspartei gehören, nicht aus Zwang, wie im alten Klassenstaat, sondern aus der Erkenntnis, daß nur der Sozialismus in seiner organischen Entwickelung zur Gesundung unseres Wirtschaftslebens führen kann.

Seit der Revolution sind viele Wünsche der Beamten und Angestellten in Erfüllung gegangen; in freier Entfaltung der Kräfte ist jedem die Möglichkeit gegeben, bis zur höchsten Stelle im Staate aufzusteigen, was bisher nur — mit wenigen Ausnahmen — den Bevorzugten zuerkannt wurde. Gewiß haben wir heute noch unter der Not der wirtschaftlichen Verhältnisse stark zu leiden. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß dies nur eine Folge des entsetzlichen Krieges ist. Daß aber die deutsche Beamtenschaft auch während der größten Stürme der Revolutionstage in bewundernswerter Zurückhaltung sich mit als der festeste Träger des Reichsgebäudes und der neuen inneren Ordnung erwiesen hat, wird man uns nicht vergessen.

Zu der Frage, wie sich die politische und wirtschaftliche Zukunft des Deutschen Volkes gestalten soll, muß die Beamtenschaft eine klare und bestimmte Stellung nehmen. Dies könnte den Revolutionsgesundungsprozeß nur beschleunigen helfen. Unschlüssigkeit und Wankelmut führen zur Zersetzung und verurteilen uns zur politischen Ohnmacht. Entschließen wir uns zur politischen Mitarbeit. Damit werden wir am ehesten Reaktionären, Radikalen und Kommunisten beweisen, daß das Rückgrat des Staatskörpers, die deutsche Beamtenschaft, nicht in ihre Macht gelangt. **Bekennen wir uns offen zu den Idealen der republikanischen Reichsverfassung,** dann werden alle reaktionären, radikalen und kommunistischen Bemühungen es nicht vermögen, die junge demokratisch-sozialistische Republik Deutschland, der wir unsere volle politische und persönliche Befreiung und die Sicherung unserer staatsbürgerlichen Rechte verdanken, zu erschüttern. Die junge deutsche Republik will auch uns Beamten eine freiere und glücklichere Zukunft bereiten. An diesem Ziele mitzuarbeiten, ist eine der höchsten Pflichten eines jeden Beamten.

Reaktionäre und radikalistische Strömungen, die dem demokratischen Geiste in der Verwaltung und der ruhigen Fortführung der Staats- und Verwaltungsgeschäfte schädlich sind, müssen entschieden bekämpft werden. Sehr richtig schrieb erst kürzlich der „Lübecker Volksbote" in einem Artikel „Beamte und Sozialdemokratie": „Die politische Auffassung eines jeden Andersdenkenden ist zu achten, aber es darf nicht zugelassen werden, daß die Verwaltungen und Behörden die demokratischen Rechte und Forderungen der Beamten mit den alten Machtmitteln bekämpfen und ihnen die Durchführung versagen. Ein derartiges Verhalten muß als reaktionär angesprochen werden und treibt unter Umständen zu radikalen Handlungen der Beamten und Angestellten."

Der Grundsatz: **Diene dem Ganzen aus staatsbürgerlicher Pflicht durch hingebende, ernste Arbeit in Beruf und Politik** muß stets hochgehalten werden. Das neue Deutschland ist ein Deutschland der Arbeit. Jede Arbeit ehrt den Menschen. Es muß mit aller Schärfe dahin gewirkt werden, daß das Vorrecht einzelner: beschränkte Arbeit und Pflicht, das von Untüchtigen und Unzuverlässigen in weitestem Maße ausgenutzt wird, aus dem Beamtenkörper völlig entfernt wird, um auch dadurch eine Schädigung des Ansehens des Standes zu vermeiden und dem Volke das beste Beispiel zu geben. Ernste hingebende und gewissenhafte Berufsarbeit des Beamten mehrt unendlich die Werte des Staates, dessen Geschäfte vom Volke in die Hände der Beamten gelegt sind.

Die Verwertung der Erfahrungen der Berufsarbeit im Dienste der Politik wird die Verwaltungen und Behörden vor Einseitigkeit bewahren.

Die alte sozialdemokratische Partei, die auf dem Boden der Lehre von Marx, Engels und anderen Lehrmeistern steht, und die Gewähr für fruchtbare Volkspolitik und Verwirklichung des Sozialismus bietet, war in der Vergangenheit eine große Arbeiterpartei, zu der nach der Revolution ungezählte Scharen geistiger Arbeiter getreten sind. Die wirtschaftlichen und nationalen Interessen der Kopf- und Handarbeiter sind die gleichen. Unsere restlose Mitarbeit an der Erreichung gleicher Ziele wird zur Bereicherung des Wesens und zur Stärkung der Bewegung der Partei beitragen, der die führende Rolle bei der Neugestaltung der deutschen Zukunft zugefallen ist.

Der Riß im Zentrum.

Zum ersten Male seit seiner Gründung ist das Zentrum von der wirklichen Gefahr einer Spaltung bedroht. Risse im Zentrumsturm hat es zwar immer gegeben, aber selbst bei den heftigsten Auseinandersetzungen kam es immer nur zum Ausscheiden einzelner Männer aus der Partei, — wie z. B. der Teilnehmer der Oster-Dienstag-Konferenz — niemals brauchte die Partei dagegen ernsthaft zu fürchten, daß die hinter ihr stehenden Massen selber auseinanderfallen würden. Nun ist dieser Fall trotzdem eingetreten, und — seltsame Ironie der Geschichte! — derselbe Mann erhebt das Banner der Spaltung, der vor Jahren in demselben Lande, das er jetzt dem Zentrum abspenstig macht, unter größter Mühe den Besitz des Zentrums gerettet hat: der „Bauerndoktor" Georg Heim.

Es gab einmal eine Zeit, in der der Besitz des Zentrums in Bayern auf das äußerste bedroht war. Das war damals, als der bayerische Bauernbund gegründet wurde und reißend Anhängerschaft unter der Landbevölkerung fand. Ludwig Thoma hat in seinem bekannten Bauernroman „Andreas Vöst" die Stimmung jener Zeit festgehalten, wo der bayerische Bauer des Zentrumsdoktors überdrüssig wurde und sich einen eigenen Doktor, seinen Bauernbund, verschrieb.

Damals war es Georg Heim, der dem Vordringen des Bauernbundes einen Damm entgegensetzte. Selber Akademiker, verstand er doch durch volkstümliche Sprache und volkstümliches Wesen einen großen Teil der Bauernschaft hinter sich herzureißen, in Genossenschaften und Verbänden zu organisieren, und damit dem Zentrum zu erhalten.

Jetzt aber ist zwischen Heim und das Zentrum ein Trennungsmoment getreten, das sich selbst als stärker erweist, als der Kitt der gemeinsamen klerikalen Gesinnung: der bayerische Partikularismus. Die entsetzliche Finanznot des Reiches hat Erzberger gezwungen, unitarische Finanzpolitik zu treiben. Er konnte den Reichsetat nur zustande bringen, wenn er ein allgemeines Steuervorrecht des Reiches vor den Bundesstaaten konstituierte. In allen Bundesstaaten haben die Erzbergerschen Steuerpläne starke partikularistische Reaktion ausgelöst, in Nord und Süd wurde namentlich von den betreffenden Ressortministern dagegen protestiert, daß die Bundesstaaten „zu Kostgängern des Reiches" herabgedrückt werden sollten.

Aber nirgends ist die Abneigung gegen den Zentralismus so explosiv in die Erscheinung getreten, wie in der Heimat aller partikularistischen Bestrebungen: in Bayern. Sie hat das unmöglich Erscheinende fertig gebracht, die bisher festeste deutsche Partei zu sprengen.

Die Loslösung des bayerischen Zentrums vom Stamme der Partei vollzieht sich unter beachtenswerten Begleiterscheinungen: sie bedeutet nicht nur ein Erstarken des Partikularismus, sondern auch der Reaktion. Wiederum zeigt sich, wie schon so oft in der deutschen Geschichte, daß Einheit und Freiheit ebenso Hand in Hand gehen, wie Partikularismus und Rückschritt. Die Trennungsreden auf dem bayerischen Parteitage waren voll von Angriffen gegen die republikanische und demokratische Politik, die das Zentrum unter Führung Erzbergers seit der Revolution getrieben hat. Ein Redner schlug unter stürmischem Beifall vor, Erzberger zu den Sozialdemokraten abzuschieben. Der Parteivorsitzende, Finanzminister Speck machte sogar in einer dem Delegiertentag nachfolgenden großen Volksversammlung offen in schärfstem Antisemitismus und pries die Verdienste des Hauses Wittelsbach um Bayern, beides unter stürmischem Beifall. **Mit der Loslösung des bayerischen Zentrums ist also eine entschiedene Rechtsschwenkung verbunden.**

Welche weiteren Folgen dieser Austritt für das Zentrum haben wird, ist noch garnicht abzusehen. Der eigenen Partei scheint er ganz überraschend gekommen zu sein; denn der dem bayerischen Zentrum angehörende Reichsschatzminister Mayer (Kaufbeuren) konnte bisher sich noch nicht darüber äußern, welche Folgen die Parteispaltung für seine Ministerschaft haben würde.

Für die Sozialdemokratie liegt aller Anlaß vor, die Weiterentwickelung im Zentrum genau zu verfolgen und zu beobachten.

Eine vernünftige englische Stimme über den Friedenszustand.

In der „Contemporary Review" stellt Harold Spender die Frage: „Ist Frieden?", und muß sie nach genauer Prüfung der Sachlage verneinen. Neue Feindschaften sind seit dem Tage des Waffenstillstandes entstanden: Rußland gegen England, Slaven gegen Italiener. Militärische Okkupation bedrückt große Gebiete Europas, schwarze Truppen besetzen Städte der Weißen, Senegalnegerregimenter üben die Herrschaft im Balkan aus. **Deutschland ist gebrochen durch die Hungersnot und die militärische Niederlage.** Im Augenblick ist es nicht nur unfähig zum Angriff, sondern sogar zur Verteidigung. Die einzige Frage ist, ob es überhaupt imstande ist, als Nation weiter zu existieren. Denn hier liegt die wirkliche Gefahr für Europa. Nicht in der Stärke, sondern in der Schwäche Deutschlands und seiner Regierung. Wenn Deutschland nicht imstande ist, sich wieder in die Höhe zu arbeiten, wenn es von den feindlichen Ländern weiter als Verbrecher und Aussätziger behandelt wird, dann wird es, den sicheren Untergang vor Augen, nur zwei Möglichkeiten haben: Entweder sich von seinen jetzigen Feinden in einem letzten heroischen Kampfe ganz vernichten zu lassen, wie Karthago im letzten Punischen Kriege, oder sich dem russischen Bolschewismus als dem letzten Retter in die Arme zu werfen. Damit aber würde der Weltfrieden wieder auf lange Zeit erschüttert, denn der Bolschewismus ist eine „bewaffnete Lehre" und schließt nur Frieden, um tatsächlich besser Krieg führen zu können. Einen wirklichen Frieden wird er nur mit einer bolschewistischen Welt eingehen. Da er völlig international ist, verbündet er sich zur Erreichung seiner Ziele mit jeder Rasse, mit jeder Nation. Wenn England Deutschland völlig zerschmettert, so wird Rußland es zu sich herüberziehen. Schließt die Entente Deutschland von dem Völkerbunde aus, so nimmt der Bolschewismus es in seine Internationale. Denn ganz wörtlich genommen, ist der Bolschewismus das entsprechende Gegenstück zum Völkerbund, und in dem Wettlauf zwischen Lenin und Wilson scheint im Augenblicke nicht Wilson der Sieger zu sein.

In den großen weltgeschichtlichen Kriegen, wo es sich um Tod und Leben mächtiger Reiche gehandelt hat, dem Peloponnesischen, den Punischen und den Napoleonischen, wurde niemals der Sieg in einem Feldzuge erreicht. Immer gab es dazwischen friedliche Zeiten, aber stets flackerte nach diesen Pausen der Kampf wieder von neuem auf. In einem ähnlichen Zustande ist die Welt heute. **Leben wir eben in einer Pause zwischen zwei großen Kriegen, oder kann der jetzige Zustand wirklich ein Abschluß werden?** Der Verfasser dieser einsichtsvollen Betrachtung kommt zu dem Ergebnis, daß **sowohl von Deutschland wie von der Entente die Beantwortung dieser schwerwiegenden Frage abhängt.** Von Deutschland, das seinen Ehrgeiz einschränken und seine Niederlage als gegebene Tatsache hinnehmen muß. Von der Entente, die dem Beispiel der großen Eroberer folgen muß, die ihre Errungenschaften dadurch festhielten, daß sie die, die Widerstand leisteten, vernichteten, die Unterlegenen aber mit Nachsicht und Schonung behandelten.

Hans und Heinz Kirch.

Novelle von Theodor Storm.

1. Fortsetzung.

Mitunter auch, bei solchem Anlaß, nahm er die kleine Madonna bei der Hand und ging mit ihr hinunter an den Hafen. War auf den Schiffen alles unter Deck, dann löste er wohl ein Boot, ließ seinen Schützling sacht hineintreten und ruderte mit ihr um den Warder herum, weit in den Sund hinein; wurde der Raub des Bootes hinterher bemerkt und drangen nun von dem Schiffe zornige Scheltlaute über das Wasser zu ihnen herüber, dann begann er hell zu singen, damit die kleine Wieb nur nicht erschrecken möge; hatte sie es aber doch gehört, so ruderte er nur um so lustiger und rief: „Wir wollen weit von all den schlechten Menschen fort!" — Eines Nachmittags, da Hans Kirch mit seinem Schiffe auswärts war, wagten sie es sogar, drüben bei der Insel anzulegen, wo Wieb in dem großen Dorfe eine Verwandte wohnen hatte, die sie „Mödder sch" nannte. Es war dort eben der große Michaelis-Jahrmarkt, und nachdem sie bei Mödder sch eine Tasse Kaffe bekommen hatten, liefen sie zwischen die Buden und in den Menschenandring hinein, wo Heinz für sie beide mit tüchtigen Ellenbogenstößen Raum zu schaffen wußte. Sie waren schon im Karussell gefahren, hatten Kuchenherzen gegessen und bei mancher Drehorgel stillgestanden, als Wiebs blaue Augen an einem silbernen Ringlein haften blieben, das zwischen Ketten und Löffeln in einer Goldschmiedsbude auslag. Hoffnungslos drehte sie ihr nur aus drei Kupfersechslingen bestehendes Vermögen zwischen den Fingern; aber Heinz, der gestern alle seine Kaninchen verkauft hatte, besaß nach der heutigen Verschwendung noch acht Schillinge, und dafür und für die drei Sechslinge wurde glücklich der Ring erhandelt. Nun freilich waren beider Taschen leer; zum Karussell für Wieb spendierte Mödder sch noch einmal einen Schilling — denn so viel kostete es, da Wieb nicht wie vorhin in einem Stuhle fahren, sondern auf dem großen Löwen reiten wollte —; dann, als eben alle Lampen zwischen den schmelz- und goldgestickten Draperien angezündet wurden, waren für sie die Freuden aus, und auch die alte Frau trieb jetzt zur Rückfahrt. Manchmal, während Heinz mit kräftigen Schlägen seine Ruder brauchte, blickten sie noch zurück, und das Herz wurde ihnen groß, wenn sie im zunehmenden Abenddunkel den Lichtschein von den vielen Karussellampen über der Stelle des unsichtbaren Dorfes schweben sahen; aber Wieb hatte ihren silbernen Ring, den sie nun nicht mehr von ihrem Finger ließ.

* * *

Inzwischen hatte Kapitän Kirch seine Jacht verkauft. Mit einem stattlichen Scharen, den auf dem heimischen Werft erbaut worden war, brachte er für fremde und mehr und mehr für eigene Rechnung Korn nach England und nahm als Rückfracht Kohlen wieder mit. So war zu dem Korn- nun auch ein Kohlenhandel gekommen, und auch diesen mußte gleich der Milchwirtschaft die Frau besorgen. Um seinen Heinz, wenn er bei seiner Heimkehr auf die kurze Frage: „Hat der Junge sich geschickt?" von der Mutter eine bejahende Antwort erhalten hatte, schien er sich im übrigen nicht groß zu kümmern; nur beim Quartalschlusse pflegte er den Rektor und den Pastor zu besuchen, um zu erfahren, wie der Junge lerne. Dann hieß es allemal, das Lernen sei ihm nur ein Spiel, es bleibe dabei nur zuviel unnütze Zeit ihm übrig; denn wild sei er wie ein Teufel, kein Junge ihm zu groß und keine Spitze ihm zu hoch.

Auf Hans Adams Antlitz hatte sich, nach Aussage des Schulrektors, mehrmals bei solcher Auskunft ein recht ungeeignetes und fast befriedigtes Lächeln gezeigt, während er mit einem kurz hervorgestoßenen „Na, na!" zum Abschiede ihm die Hand gedrückt habe.

Wie recht übrigens auch Heinzens Lehrer haben mochten, so blieb doch das Schutzverhältnis zu der kleinen Wieb dasselbe, und davon wußte mancher frevle Junge nachzusagen. Auch sah man ihn wohl an Sonntagen mit seiner Mutter nach einem dürftigen, unweit der Stadt belegenen Wäldchen wandern und bei der Rückkehr nebst dem leeren Proviantkorbe sein Schwesterchen auf dem Rücken tragen. Mitunter war auch die allmählich aufwachsende Wieb bei dieser Sonntagswanderung. Die stille Frau Kirch hatte Gefallen an dem feinen Mädchen und pflegte zu sagen: „Laß sie nur mitgehen, Heinz, so ist sie doch nicht bei der schlechten Mutter."

Nach seiner Konfirmation mußte Heinz ein paar Fahrten auf seines Vaters Schiffe machen, nicht mehr als „Spielvogel", sondern als strenggehaltener Schiffsjunge; aber er fügte sich, und nach der ersten Rückkehr klopfte Kapitän Kirch ihm auf die Schulter, während er seiner Frau durch ein kurzes Nicken ihren Anteil an seiner Befriedigung zukommen ließ. Die zweite Reise geschah mit einem Setzschiffer; denn der wachsende Handel daheim verlangte die persönliche Gegenwart des Geschäftsherrn. Dann, nach zwei weiteren Fahrten auf größeren Schiffen, war Heinz als Matrose in das elterliche Haus zurückgekehrt. Er war jetzt siebzehn Jahre; die blaue schirmlose Schiffermütze mit dem bunten Rande und den flatternden Bändern ließ ihm so gut zu seinem frischen, braunen Antlitz, daß selbst die Pastorstöchter durch den Zaun lugten, wenn sie ihn nebenan im elterlichen Garten mit seiner Schwester spielen hörten. Auch Kapitän Kirch selber konnte es Sonntags beim Gottesdienste nicht unterlassen, von seinem Schifferstuhle nach unten in die Kirche hinabzuschielen, wo sein wohl seine Blicke drüben nach dem Epitaphe, wo zwischen mannigfachen Siegestrophäen sich die Marmorbüste eines stattlichen Mannes in gewaltiger Allongeperücke zeigte; gleich seinem Heinz nur eines Bürgers Sohn, der gleichwohl als Kommandeur von dreien Seiner Majestät Schiffen hier in die Vaterstadt zurückgekommen war. Aber nein, so hohe Pläne hatte Hans Kirch doch nicht mit seinem Jungen, vorläufig galt es eine Reise mit dem Hamburger Schiffe „Hammonia" in die chinesischen Gewässer, von der die Rückkehr nicht vor einem Jahr erfolgen würde; und heute war der letzte Tag im elterlichen Hause.

Die Mutter hatte diesmal nicht ohne Tränen des Sohnes Kiste gepackt, und nach der Rückkehr aus der Kirche legte sie noch ihr eigenes Gesangbuch obenauf. Der Vater hatte auch in den letzten Tagen außer dem Notwendigen nicht viel mit seinem Sohn gesprochen; nur an diesem Abend, als er auf dem dunklen Hausflur ihm begegnete, griff er nach seiner Hand und schüttelte sie heftig: „Ich sitze hier nicht still, Heinz; für dich, nur für dich! Und komm auch glücklich wieder!" Hastig hatte er es hervorgestoßen; dann ließ er die Hand seines Sohnes fahren und trabte eilig nach dem Hof hinaus.

Ueberrascht blickte ihm Heinz eine Weile nach; aber seine Gedanken waren anderswo. Er hatte Wieb am Tage vorher wiedergesehen; doch nur zu ein paar flüchtigen Worten war Gelegenheit gewesen; nun wollte er noch Abschied von ihr nehmen, sie wie sonst noch einmal um den Warder fahren.

Es war ein kühler Maiabend; der Mond stand über dem Wasser, als er an den Hafen hinabkam; aber Wieb war noch nicht da. Freilich hatte sie ihm gesagt, daß sie abends bei einer alten Dame einige leichte Dienste zu versehen habe; dessenungeachtet, während er an dem einsamen Bollwerk auf und ab ging, konnte er seine Ungeduld kaum niederzwingen: er schalt sich selbst und wußte nicht, weshalb das Klopfen seines Blutes ihm fast den Atem raubte. Endlich sah er sie aus der höher belegenen Straße herabkommen. Bei dem Mondlicht, das ihr voll entgegenfiel, erschien sie ihm groß und schlank, daß er erst fast verzagte, ob sie es wirklich sei. Gleichwohl hatte sie den Oberkörper in ein großes Tuch vermummt; einer Kopfbedeckung bedurfte sie nicht, denn das blonde Haar lag voll wie ein Häubchen über ihrem zarten Antlitz. „Guten Abend, Heinz!" sagte sie leise, als sie jetzt zu ihm trat; und schüchtern, fast wie ein Fremder, berührte er ihre Hand, die sie ihm entgegenstreckte. Schweigend führte er sie zu einem Boot, das neben einer großen Kuff im Wasser lag. „Komm nur!" sagte er, als er hineingetreten war und der an der Hafentreppe Zögernden die Arme entgegenstreckte; „ich habe Erlaubnis; wir werden diesmal nicht gescholten."

Fortsetzung folgt.

Im Frieden geht's, im Kriege mach ich's selber.

Eines der Worte, dem man es sofort am Klang anhört, daß es von Wilhelm II. stammt. Und zwar wurde es nach glaubhafter Ueberlieferung aus folgendem Anlaß geprägt: Am 1. Januar 1906 erfolgte die Ernennung des Grafen Hellmut v. Moltke an Stelle des Grafen von Schlieffen zum Chef des Großen Generalstabs. Diese Ernennung verursachte bei den Generalkommandos so lautes Murren, daß Moltke selbst in letzter Stunde sich zu der Bitte veranlaßt sah, von seiner Ernennung Abstand zu nehmen. Aber Wilhelm II. wollte „seinen Moltke" haben, und zur Beruhigung besorgter Warner sprach er das oben zitierte Wort.

Nachdem die Kämpfe und wilden Szenen der Revolution vorüber und in der Erinnerung erblaßt sind, ist das deutsche Publikum für neue Sensationen aufnahmefähig geworden. Diesem Sensationsbedürfnis kam jetzt die Veröffentlichung der Kaiserbriefe und der wilhelminischen Randbemerkungen in starkem Maße entgegen. Es soll nicht verkannt werden, daß der Veröffentlichung auch sittliche Erwägungen zugrunde lagen, daß sie zum Teil dem von nicht den schlechtesten Männern geäußerten Wunsche nach dem großen Reinigungsbade dienen sollte. Untersuchungsausschuß, Veröffentlichung der Kriegsakten u. a. m. waren Auftakte jener Säuberung. Und es besteht kein Zweifel: wer sich durch die demoralisierenden Kriegsjahre hindurch einen Rest gesunden Gefühls der Reinlichkeit bewahrt hatte, der mußte den lebhaften Wunsch hegen, alles von sich abzuschütteln, was an Lüge und Unwahrheit noch auf uns lastete. Die Art, in der dies geschah, war freilich nicht immer die richtige, und man muß nicht unbedingt alldeutsch sein, um bei gewissen Vorfällen ein Gefühl der Würdelosigkeit zu empfinden, wie gewisse Leute Hals über Kopf in das Reinigungsbad purzelten, ohne immer vorher zu untersuchen, ob sein Wasser auch aus reinen Quellen floß.

Trotzdem kann man bei der Veröffentlichung der Kaiserbriefe begrüßen, daß sie nicht nur Material zur Beurteilung dieses Dilettanten auf dem Thron bieten, sondern ganz allgemein ein Bild monarchischer Wirtschaft und monarchischer Politik entwerfen, das eigentlich für jeden vernünftig Denkenden auch nur eine Diskussion über die Frage der Rückkehr der Monarchie unmöglich machen sollte. Die vollständige Verblendung, die aus diesen Briefen spricht, das vollkommene Unvermögen, über Denken und Fühlen der Völker zu urteilen, die völlige Unfähigkeit, die realen Machtfaktoren und ausschlaggebenden Stimmungsfaktoren im Völkerleben zu erkennen: sie zeigen, daß zur Leitung der auswärtigen Politik niemand weniger berufen ist als ein Monarch, der in glänzender Vereinsamung über den Wolken thront. Der Mann, der seine Politik zu den Franzosen nur davon abhängig machte, daß diese keine Fürsten und Kaiser hatten und sogar sich vor 130 Jahren erlaubt haben, ihren Monarchen hinzurichten; er hat die Monarchie durch seine Person weit mehr erschüttert, als Tausende von Revolutionären das gekonnt hätten.

Erziehung zum Völkerhaß.

In französischen Zeitungen liest man, daß die Regierung beschlossen habe, das zerstörte Städtchen Montfaucon, welches in den Kämpfen um Verdun eine Rolle gespielt hat, nicht wieder aufzubauen. Die Ruinen des zerstörten Montfaucon sollen der heranwachsenden Jugend als ein Dokument der „Wochekultur" für alle Zeiten erhalten bleiben.

Diese Tatsache ist eine der vielen Beispiele, wie in Frankreich von gewissenlosen Hetzern der Haß gegen alles Deutsche geschürt wird. Es ist eine Verdrehung der Tatsachen, wenn man den Deutschen die Schuld an der Zerstörung Montfaucons gibt. Jeder deutsche Soldat, der im Nordabschnitte von Verdun kämpfte, weiß, daß Montfaucon beim Einrücken der Deutschen völlig unversehrt war, daß aber die Franzosen sich nicht scheuten, Tag für Tag und Jahr für Jahr, Geschosse jeden Kalibers nach diesem Städtchen zu schleudern. Schon im Jahre 1915 war Montfaucon ein Trümmerfeld, das französische Artillerie geschaffen hatte. Die hochragende Kirche von Montfaucon, einst ein köstliches Denkmal französischer Gothik, war vor allem der Zielpunkt der französischen Geschosse. Aber auch die Häuserreihen, die sich um die Kirche gruppierten, hatten schwer zu leiden. Es sah trostlos in Montfaucon, der ehemaligen französischen Badestadt, während des Krieges aus; jeder deutsche Soldat war froh, wenn er diese Stätte der Zerstörung und des Granathagels hinter sich hatte. Und heute wagt man es, Montfaucon als ein abschreckendes Beispiel deutscher Barbarei vor aller Welt hinzustellen.

Die „Unabhängigen" schützen die Reichen.

In Magdeburg hat man bisher die Erwerbslosenfrage unter der Führung des sozialdemokratischen Dezernenten und des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters in einer Weise zu lösen gesucht, die nur Anerkennung finden kann. Der Magistrat sucht vor allem den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen, denn der tüchtige und gewissenhafte Arbeiter — er bildet bei den Erwerbslosen die große Mehrzahl — will kein Geld ohne Gegenleistung: er will arbeiten. Die günstige Wirkung ist: die Erwerbslosigkeit in Magdeburg blieb bisher in verhältnismäßig engen Grenzen. Die Stadtverwaltung will aber noch weiteres tun. Für Notstandsarbeiten soll noch mehr Gelegenheit geschaffen werden; auch sollen Erwerbslose, die sich in besonderer Notlage befinden, Zuwendungen vom Wohlfahrtsamt bekommen. Das Bestreben, den Erwerbslosen mehr Hilfe zu geben, fand in der Stadtverordnetenversammlung allseitige Unterstützung. Mit der ganzen Wucht seines Temperaments wandte sich der sozialdemokratische Dezernent, Haupt, gegen die kommunistischen und „unabhängigen" Drahtzieher, die die Erwerbslosen für ihre politischen Geschäfte zu mißbrauchen suchen, die bei jeder Gelegenheit die verbitterten Gemüter aufputschen, die mit Schwindel und gewissenlosen Uebertreibungen die Erwerbslosen zu führen versuchen, deren Sache dabei aber ärgsten Schaden zufügen. Es besteht auch in Magdeburg ein sogenannter Arbeitslosenrat, Schützling der „Unabhängigen". Sein Vorsitzender ist ein gewisser Damm, der es schon als eine „Maßregelung" ansieht, wenn ihm Arbeit angeboten wird. Sein Einkommen als Erwerbsloser beträgt an direkten Bezügen aus öffentlichen Mitteln 4200 Mark. Sein Kollege Rauer, der sich mit den direkten Bezügen nicht begnügt, würde noch über die genannte Summe hinauskommen, wenn er ein ganzes Jahr „seine" Unterstützung genommen hätte. Aber er macht gern Reisen, besonders nach dem Westen, die nicht in ein oder zwei Tagen zu erledigen sind. Dem dritten Kollegen, Böttcher, wurde von Haupt nachgewiesen, daß er an einem Abend 200 Mark verzecht hat, er lebt sich also ohne Zweifel wirtschaftlich ebenso „schlecht". Und dieser famoser Erwerbslosenrat organisiert Demonstrationen, treffiert die Behörden mit Grobheiten und Drohungen und sorgt im übrigen dafür, daß die zahlreichen Konferenzen der Erwerbslosenräte beschickt werden, die eine Art kommunistische Nebenorganisation darstellen. Gegen diesen Mißbrauch einer großen Not zu politischen Schiebungen und persönlichen Vorteilen kämpfte Haupt an. Der Erfolg? Stadtverordneter Dr. Theiring, der sich aus dem verdatierten Zirkel der „Unabhängigen" vernehmen ließ, mußte die kommunistischen Schützlinge im Stich lassen. Die Blamage wäre sonst ins Fabelhafte gestiegen. Er rückte von dem Erwerbslosenrat weit ab. Bei der Abstimmung blamierten sich die „Unabhängigen", indem die Hälfte für, die Hälfte gegen einen Ergänzungsantrag stimmte. Ihr glänzendes politisches Können zeigten sie auch bei der Beratung der Steuerfrage. Es ist eine Steuererhöhung notwendig. Die sozialdemokratische Fraktion hatte beantragt, für die Zensiten bis 3900 Mark Ermäßigung nach Maßgabe des preußischen Steuergesetzes eintreten zu lassen. Ueber 60 000 Steuerzahler bekommen dadurch eine Erleichterung ihrer Steuerlast. Die „Unabhängigen" stimmten gegen diese Ermäßigung. Die Ausfälle aus den unteren Einkommen sollten von den hohen Einkommen über 20 500 Mark getragen werden. Die „Unabhängigen" stimmten auch gegen diese Abwälzung. Sie wollen demnach nicht, daß die Reichen zugunsten der Armen mehr Steuern bezahlen. Sie wissen nicht, was sie wollen. Rennen im Kreis umher und jagen Schlagwörtern nach.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Dienstag, 13. Januar.

Krankenzulagen für Kriegsbeschädigte. Die Kommunalverbände sind angewiesen worden, hinsichtlich der Gewährung von Krankenzulagen für Kriegsbeschädigte das Verfahren nach Möglichkeit zu erleichtern. Beim Nachweis von Krankheiten und auf Vorlage ärztlicher Zeugnisse soll größte Weitherzigkeit walten. In Fällen, in denen über Art und Umfang der Krankheit kein Zweifel besteht, soll von der Forderung der Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses abgesehen werden. Nur dürfen Kriegsbeschädigte Kranken- und sonstige Zulagen dann nicht erhalten, wenn die Berechtigungsbedingungen nicht gegeben sind.

Das neue Sparsystem der Gemeinnützigen Brockensammlung (Sammelstelle Salzspeicher) hat sich in den wenigen Tagen seiner Anwendung große Beliebtheit erworben. Wie mitgeteilt, erhalten alle jugendlichen Sammler statt barer Bezahlung des Sammelguies Sparmarken in Höhe des Barwertes des jeweilig aufgelieferten Altmaterials. Wer für 5 Mark Sparmarken in sein Sammelbuch einkleben konnte, erhält ein Sparbuch der Kommerzbank, die die Sparbeträge mit 4 Prozent verzinst. Das Sparbuch bleibt bis zum 1. Dezember eines Jahres gesperrt. Von da an bis zum 31. Dezember kann das Geld abgehoben werden. Innerhalb 6 Tagen sicherten sich die Anwartschaft auf ein solches Sparbuch über 120 Kinder aus allen Bevölkerungskreisen.

Ausfuhrverbot für Textilstoffe. Um den Abfluß von Textilfertigerzeugnissen, welche für den Inlandsbedarf dringend benötigt werden, zu verhindern, wurden weitgehende Ausfuhrverbote für Stoffe und konfektionierte Waren erlassen.

Die Hilfsaktion für Wien. Ueber den Umfang der für Wien eingeleiteten Hilfsaktion sind vielfach stark übertriebene Gerüchte verbreitet. So findet sich in der Presse die Nachricht, daß die nach Wien zu liefernden Mehl- bezw. Getreidemengen mehrere 100 000 Tonnen betragen sollen. Infolgedessen solle der Verzicht der versorgungsberechtigten reichsdeutschen Bevölkerung auf 50 Gramm Mehl für den Kopf und die Woche über vier Wochen hinaus fortgesetzt werden. Demgegenüber ist festzustellen, daß der Umfang der zugunsten Deutsch-Oesterreichs eingeleiteten Hilfsaktion auf insgesamt 8000 Tonnen bemessen und der Verzicht der Bevölkerung auf 50 Gramm ihrer Wochenration auf vier Wochen beschränkt ist.

Adoptionsschwindel. Jüngst ist in verschiedenen Blättern Norddeutschlands eine Anzeige eines Herrn Dr. Hansen aus Lübeck erschienen. Darin bot dieser Herr ein Kind mit einer Abfindungssumme von 35 000 Mark an. Bewerber hatten 1 Mk. angeblich für Porto usw. miteinzusenden. Dieser Dr. Hansen war in Lübeck nicht zu ermitteln. Die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen stellte aber fest, daß an die angegebene Adresse etwa 200 Briefe eingegangen waren, die durch eine Mittelsperson dem angeblichen Dr. Hansen zugestellt werden sollten. Allem Anscheine nach handelt es sich hier wieder um einen Fall des Adoptionsschwindels. Es wird gebeten, auf Dr. Hansen zu fahnden, auf verdächtige Anzeigen zu achten und das Material schleunigst der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck, Parade 1, mitzuteilen, die es im öffentlichen Interesse verwerten wird.

Der Unfall des Genossenschaftsfuhrwerkes durch Wasserrohrbruch fand in der Koppelstraße statt. Durch einen telephonischen Fehler wurde Kottwitzstraße daraus.

Arbeiterbewegung.

Arbeitsaufnahme im Versicherungsgewerbe. In den Berliner Versicherungsanstalten sind die Angestellten Montag früh vollzählig und pünktlich an ihren Arbeitsstätten erschienen. Die Arbeit ist in vollem Umfange wieder aufgenommen worden.

Reich und Ausland.

Ungetreuer Bahnhofsvorsteher. Der Bahnhofsvorsteher Fiedler in Nensa bei Ratibor (O.-S.) wurde unter dem Verdacht großer Schiebungen verhaftet. Eine Haussuchung förderte Sparkassenbücher und Wertobjekte in Höhe von 65 000 Mk. zu Tage.

Für eine Million Seide verschoben. Auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin wurden 10 Kisten mit wertvollen Seidenstoffen im Werte von 1 300 000 Mk. verschoben. An dem Betrug war ein Platzaufseher des Bahnhofs beteiligt, der von den Schiebern eine Belohnung von 200 000 Mk. bekam.

Das fürchterliche Brandunglück, das gelegentlich einer Wohltätigkeitsvorstellung zugunsten der katholischen Bahnhofsmission am 24. März v. Js. 76 Gleiwitzer Kindern den Tod durch Ersticken brachte, beschäftigte dieser Tage die Strafkammer in Gleiwitz (OS.). An jenem Tage waren im Saale des Stadtgartens 800 bis 1000 Kinder versammelt, obwohl dieser nur 450 Sitzplätze faßt. Auf der Bühne wurde ein religiöses Theaterstück aufgeführt. Zur Erzielung eines besonderen Beleuchtungseffekts hatte der 25jährige Schlosser Otto Piontek eine 600kerzige Effekt-Bogenlampe in einen alten, bodenlosen Eimer getan und dessen nach der Bühne gerichtete offene Seite mit rotem Seidenpapier überspannt. Nach Einschaltung der Bogenlampe geriet das Seidenpapier in Brand und die Flamme schlug auf eine der Kulissen über, die sofort in Brand geriet. Wohl gelang es dem Piontek innerhalb weniger Sekunden die Feuersgefahr zu beseitigen, doch der von einer unbekannten Frau ausgestoßene Ruf: Feuer! Feuer! hatte inzwischen tötlichen Schrecken in die Kinderschar getragen, die in dichten Massen dem Hauptausgang zustrebte und auf die schmale, in der Mitte mit einem Absatz versehene Steintreppe, die zu dem Straßenausgang führte, losstürmte. Auf dem Treppenabsatz staute, verwirrte und überstürzte sich die Masse der Kinder zu einem fürchterlichen Knäuel. Sechsunddreißig Kinder fand man später erstickt und zertrampelt am Fußende der Treppe vor. Feuerwehr war zu der Veranstaltung nicht hinzugezogen worden. Wegen fahrlässiger Tötung hatten sich nunmehr die Veranstalterin der Vorstellung, ein 29 Jahre altes Fräulein Grund und der Schlosser Piontek zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte je drei Monate Gefängnis. Die Strafkammer kam zu einer Freisprechung beider Angeklagten, weil nach Ausbruch der Panik auch die gesonderten Vorsichtsmaßnahmen nicht ausgereicht haben würden, das Unglück zu verhüten, und weil Piontek nicht mit der Entflammbarkeit des Seidenpapiers hätte rechnen können, da dem Gericht vorgeführte Versuche eines Sachverständigen ergeben haben, daß das gleiche Seidenpapier im gleichen Falle nur verkohlte, ohne eine Flamme zu erzeugen.

Einem Verbrecher erschossen. Nach einer Meldung aus Gleiwitz (OS.) wurde Montag morgen auf der Jagd auf einen Verbrecher der Polizeiwachtmeister Dreja aus Lipine von Banditen erschossen.

Millionenschiebung mit Fleisch. Auf einem Bahnhof in Köln wurden 18 Waggons mit Fleisch beschlagnahmt, die unter falscher Adresse dort ankamen. Das Fleisch hat einen Wert von 8 Millionen Mk. Einer der Schieber, die erhaftet wurden, ist ein Kaufmann aus Hamburg.

Genossenschaftsbewegung.

Boykottierte Genossenschaftsliteratur. Von der Leitung der französischen Besatzungsarmee wurde dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine mitgeteilt, daß Einfuhr, Empfehlung und Vertrieb des Jahrbuches des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in der vierten Besatzungszone verböten sind. — Die Maßregel ist ein eigenartiges Vorspiel zur Wiederanknüpfung der internationalen genossenschaftlichen Beziehungen.

Theater und Musik.

„Traviata", Oper von G. Verdi. Sieht man von Richard Wagner ab, so gibt es wohl keinen Komponisten, der sich dauernd so in der Gunst des Publikums hält, wie Giuseppe Verdi. Seine Opern, deren Zahl wahrlich nicht gering ist, zählen wegen ihres Sangs und Klangs seit Jahr und Tag zu den Lieblingsopern. In seinem Schaffen bildet die „Traviata", deren Stoff aus Alexander Dumas' „Kameliendame" entlehnt ist, eine Art Wegmarke: er läßt die geschlossene Form fast ganz fallen und führt die musikalische Rede mit eingehender Ausmalung der Seelenzustände ein. Durch diesen kühnen Schritt hat die Oper unzweifelhaft an Lebenskraft gewonnen. Herr Direktor Paul v. Bongardt, der für die Spielleitung selbst verantwortlich zeichnete, hatte nach häufig geübtem Brauch aus den drei Akten vier gemacht, indem er die Umwandlung im zweiten Akt als dritten Akt laufen ließ. Im übrigen hatte er der Oper den Charakter der Zeit ihrer Entstehung gewahrt. Damit können wir uns bedingungslos einverstanden erklären. Wir finden, daß gerade dadurch der Stoff nur noch an innerer Wahrhaftigkeit gewinnt. Gewiß, auch heute hat der Kampf um das Menschentum der Dirne, der Halbweltdame, noch nicht seine volle Lösung gefunden, aber er ist nicht mehr in dem Maße eine Frage, wie damals, als Alexander Dumas in seiner „Kameliendame" für die Horizontalen ritterlich in die Schranken trat und in einem sentimentalen Roman nachzuweisen versuchte, daß auch diese „verworfenen Geschöpfe" Menschen sind mit menschlichen Gefühlen und Empfindungen. Wir finden sogar, daß dadurch, daß man die Oper in das Gewand der Vergangenheit steckte, der starke sentimentale Charakter seine beste Einkleidung erfuhr. Im übrigen war nichts geschont worden, um die Oper mit allem Drum und Dran auszustatten, das ihr gebührte. Der Festsaal bei Flora trug sogar ein fast zu luxuriöses Gepräge. Die Aufführung an sich hätte hingegen, besonders in den Nebenrollen, noch manche Abschleifung vertragen können. Die Lebedame Violetta gab Doris Kent-Rothaug. Sie sang sehr gut und wußte auch den Gesang dramatisch zu beleben. Die Koloraturen zeigten die Geläufigkeit der Kehle, mit diesen Gesangsschnörkeln fertig zu werden. Lobend anzuerkennen ist besonders noch die gute Aussprache. Im übrigen war sie eine zarte, sehr zarte, aber auch sehr zahme Violetta ohne große Leidenschaft. Viel sprach sie mit den Fingern. Da aber diese Fingersprache zumeist nur in einem Spreizen der fünf Finger bestand, so wirkte dies mit der Zeit etwas eintönig, weil stets dieselbe Geste herauskam. Immerhin war das Ganze eine tüchtige und auch ansprechende Leistung. Violettas Liebhaber Alfred Germont sang Karl Günther vom Stadttheater Hamburg. Ein feiner lyrischer Tenor mit guter Gesangskultur! Da er auch sonst ein schmucker, hübscher Mann, sein Spiel ohne Ecken und Kanten ist — Vorzüge, die ganz besonders die Damenwelt wohl zu würdigen weiß, so konnte es ihm an Beifall nicht fehlen, denn „das haben die Mädlein so gerne". Josef Liszewsky war ein prächtiger Vater Germont. Die bekannte Arie „Hat dein heimatliches Land" sang er ebenso geschmackvoll wie reizvoll. Nicht gerade glücklich hatte er die Maske gewählt, es fehlte der kavaliermäßige Zuschnitt. Die Träger der Nebenrollen fühlten nicht den Drang, sich besonders bemerkbar zu machen. Im dritten Akt erfreuten die Damen des Balletts mit einem von der Ballettmeisterin Martha Luise Stolze einstudierten Zigeuner- und Spanischen Tanz. So eifrig lagen die Damen dem Tanze ob, daß eine von ihnen sogar den Schuh verlor. Das Orchester, das durch sein seelenvolles Spiel erfreute, meisterte Otto Schwarz mit Verständnis und großem Geschick. Er war ein guter Steuermann durch die Schönheiten der Verdischen Musik. Das Publikum kargte nicht mit Beifall und rief am Schlusse wiederholt den Gast, Frau Kent-Rothaug, Josef Liszewsky und schließlich auch den Kapellmeister an die Rampe. -o-

Welt und Wissen.

Die Wiederentdeckung der Wandertaube. Die amerikanische wilde Taube, die sogenannte Wandertaube, galt als ausgestorben, da sie seit dem 7. September 1914 nicht mehr gesehen worden war. Nun hat man aber vor kurzem diesen Vogel wiederentdeckt. Wie M. Schips in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift" mitteilt, wurde nach einem in der „Science" veröffentlichten Briefe eine Schar Wandertauben in der Nähe von West-Galway und Charlton im Staate Neuyork gesehen. Da einer der Vögel wenige Fuß vor dem Beobachter niederging, so erklärt dieser, ein erfahrener Ornithologe, einen Zweifel daran, daß es wirklich Wandertauben waren, für ausgeschlossen.

Künstliches Benzin. Ein Brasilianer, der Ingenieur Andrade, behauptet, die Frage der Herstellung künstlichen Benzins gelöst zu haben. Der Erfinder will durch Mischung gewisser Chemikalien mit Wasser eine Flüssigkeit erzeugen, die sich ähnlich wie Benzin und Benzol verwenden läßt. In London werden augenblicklich Versuche in größerem Maßstabe gemacht. Ein Motorwagen soll für eine Fahrt von fünfundvierzig Kilometern nur 4,5 Liter des neuen Brennstoffes gebraucht haben. Die Kosten der Herstellung für diese 4,5 Liter (Gallone) sollen nur fünf Pence betragen.

Und alles geht und wechselt . . .

Von Hugo Eick.

Und alles geht und wechselt und versinkt:
So sangen schon vor Jahren Tor und Weise.
Und was du bist und lebst und liebst und leidest;
Das zieht vorbei wie hier am Weg die Bäume.

Die Tränen an den Weiden — deine Tränen —,
Die Lieder in den Lüften — deine Lieder —:
Was sind sie dir, wie dieser kalte Stein?

Am Ufer stehst du deines bunten Lebens;
Da treiben Blätter, Zweige still hinunter,
Und kühlen Auges siehst du in der Ferne
Dein eigen Bild im Kahn vorüberfahren.

Quittung.

Für die Kinder in Wien gingen ein von Ungenannt 20,— Mk., von J. B. 20,— Mk.

Das Parteisekretariat.